

Gerade an die Adresse der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen, die einen gemeinsamen Antrag vorgelegt haben, möchte ich betonen: Der Ausstieg aus der Kohleförderung, auch wenn er hier in NRW bzw. in Deutschland sozialverträglich gestaltet wird, bleibt ökologisch unverantwortlich, wenn nicht gleichzeitig der Ausstieg aus der Kohleverstromung folgt. In der Tat: Was für eine Heuchelei! – Importkohle ist doppelt – ökologisch und sozial – unverantwortlich. Zum einen ist das wegen der langen Transportwege, zum anderen wegen der ökologischen Verwüstungen der Fall, die der Kohlebergbau gerade in den ärmeren und armen Ländern anrichtet, aus denen die Bundesrepublik importiert. Die Menschen, die dort arbeiten, sind noch viel schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt als ihre meisten Kolleginnen und Kollegen gottlob hierzulande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder die ökologischen noch die sozialen Probleme sind auf Deutschland beschränkt. Unsere Sichtweise als Linke ist global. Unser Anspruch, für eine ökologisch verantwortliche und den menschlichen Bedürfnissen dienende Produktion zu streiten, macht vor Ländergrenzen nicht Halt und beschränkt sich nicht nur auf Westeuropa. Wir nehmen das Wort von der einen Welt sehr ernst und wollen internationale Solidarität. Dazu gehört, der sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohleförderung muss mit dem Ende der Kohleverstromung Hand in Hand gehen.

(Beifall von der LINKEN)

Die reichen Industrieländer als Hauptverursacher der CO₂-Emissionen und der Umweltzerstörung müssen vorangehen und dürfen ihren wirtschaftlichen Vorrang nicht dadurch ausbauen, dass anderswo für deutsche Profite etwas gemacht wird, was man sich hierzulande wegen des gewachsenen ökologischen Problembewusstseins in der Bevölkerung nicht mehr durchzuführen traut. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Damit sind wir am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über den **Antrag** der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/70 – Neudruck** – ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind CDU, SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die FDP.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und die Linke!)

– Pardon. Ich ließ den Blick schon wandern. Seid nicht enttäuscht, Kollegen. Es stimmen also zu: Linke, SPD, Grüne und CDU. – Die FDP lehnt den Antrag ab. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der

Fall. Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit **angenommen**.

Wir stimmen nun, wie gewünscht, einzeln über die drei Aufforderungen an die Landesregierung im **Entschließungsantrag** der Linken **Drucksache 15/174** ab. Anschließend stimmen wir über den gesamten Entschließungsantrag ab.

Wer stimmt **Nr. 1** des Antrags zu? – Die Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD enthält sich.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was hat der heute genommen? – Zuruf von der LINKEN: Grüne auch!)

– Die Grünen auch. Danke. – Damit ist Nr. 1 des Entschließungsantrags **abgelehnt**.

Wer stimmt **Nr. 2** des Entschließungsantrags zu? Die Linke. – Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Grüne. Damit ist Nr. 2 ebenfalls **abgelehnt**.

Wer stimmt **Nr. 3** des Entschließungsantrags zu? – Die Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Grüne. Damit ist auch Nr. 3 des Antrags **abgelehnt**.

Wir stimmen nun insgesamt über den **Entschließungsantrag** der Linken **Drucksache 15/174** ab. Wer stimmt zu? – Die Linke. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Grüne. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

3 Tragödie bei der Loveparade bedarf lückenloser Aufklärung

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/102

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP bringt heute den Antrag „Tragödie bei der Love-Parade bedarf lückenloser Aufklärung“ in den Landtag ein. Ich möchte einige wenige grundsätzliche Anmerkungen zu diesem Antrag machen, bevor gleich mein Kollege Horst Engel, der als erfahrener Polizeibeamter besondere Expertise für die Aufklärung dieses schrecklichen Geschehens mitbringt, zum konkreten Sachstand Stellung nimmt.

Wir sind es den Opfern der Love-Parade als Parlament schuldig, mit aller Kraft zur Aufklärung des schrecklichen Geschehens beizutragen. Die Ursa-

chen der Katastrophe müssen geklärt werden. Es muss die Frage beantwortet werden, wer persönliche und politische Verantwortung trägt.

Wir sind es den Opfern aber auch schuldig, mit ihrem Leid respektvoll umzugehen. Die Art und Weise, wie die wesentlichen Akteure – der Veranstalter, der Duisburger Oberbürgermeister für die Stadtverwaltung, aber auch der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen für die Polizei – in den zurückliegenden Wochen jede Verantwortung von sich gewiesen haben, war eine Zumutung für die Opfer der Love-Parade und die Öffentlichkeit insgesamt.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, es wäre schön und der Bedeutung dieses Tagesordnungspunktes angemessen, wenn Sie mir einen Moment der Aufmerksamkeit schenken könnten. – Frau Ministerpräsidentin! – Herr Präsident, vielleicht sind Sie so nett, die Ministerpräsidentin zu bitten, der Debatte wirklich zuzuhören. Ich glaube, das können die Öffentlichkeit, die Opfer und die Betroffenen der Love-Parade erwarten.

(Beifall von der FDP)

Herr Präsident, wären Sie so nett, die Ministerpräsidentin zu bitten, ihre Geschäftsbesprechung nach Abschluss der Debatte außerhalb des Parlaments fortzusetzen?

(Beifall von der FDP)

Ich stelle fest, dass die Ministerpräsidentin offenbar leider nicht bereit ist, der Sachdebatte zu diesem sehr wichtigen Punkt zu folgen. – Frau Ministerpräsidentin, ich hatte Sie gerade mehrfach gebeten, Ihre Geschäftsbesprechung im Anschluss an diese Beratung zu führen; denn ich würde das Wort auch gerne an Sie persönlich richten.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Machen Sie doch!)

– "Machen Sie doch." Wenn Sie mir nicht zuhören

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich kann gleichzeitig reden und hören! Sie können fragen!)

und mir den Rücken zukehren, ist das kein Zeichen eines vernünftigen Umgangs der Regierung mit dem Parlament, Frau Ministerpräsidentin. Das darf ich doch sagen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Der Umgang der Regierung mit dem Parlament hat auch etwas mit Stil zu tun, Herr Kollege. Entschuldigung.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Jetzt sitzt die Ministerpräsidentin auf ihrem Platz. – Ich danke Ihnen sehr dafür. Ich habe ausgeführt,

Frau Ministerpräsidentin – ich glaube, das ist Konsens in dieser Runde –, dass wir den Opfern schuldig sind, mit ihrem Leid respektvoll umzugehen, dass wir aber natürlich auch in der besonderen Verantwortung stehen, das Geschehen aufzuklären. Wir wollen unter keinen Umständen, dass ein möglicher Parlamentarischer Untersuchungsausschuss als weitere Bühne für das entwürdigende Schwarze-Peter-Spiel missbraucht wird, das wir in den letzten Wochen erlebt haben.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben bei Ihrer Ansprache während der Trauerfeier in Duisburg, in dieser ganz schlimmen Atmosphäre angesichts der vielen Familienangehörigen der Betroffenen, sehr würdige, einfühlsame Worte gefunden; ich war selber dabei. Sie haben den richtigen Ton getroffen, in Ihrer Rede aber auch vollständige Aufklärung versprochen. Dieses Versprechen haben Sie vorhin in Ihrer Regierungserklärung ausdrücklich erneuert. Dann müssen Sie aber bitte, Frau Ministerpräsidentin, genau in diesem Sinne auch auf alle Mitglieder Ihrer Regierung einwirken. Das erwarten wir.

Wer sich angeschaut hat, meine Damen und Herren, wie der Innenminister des Landes schon in seiner ersten Pressekonferenz nur wenige Tage nach dem Geschehen jeden Hauch von Fehlverhalten der ihm unterstellten Polizeiführung zurückgewiesen hat, der war – Herr Innenminister, ich muss das so formulieren, ich habe es mir genau angesehen – zutiefst peinlich berührt.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Jäger hat damals wie in den ersten Sitzungen des Innenausschusses lautstark erklärt – ich zitiere ihn –, ausschließlich der Veranstalter sei für die ordnungsgemäße Durchführung im Veranstaltungsbereich verantwortlich gewesen. Dabei weiß schon jeder Grundschüler, meine Damen und Herren, wer für die Gefahrenabwehr in unserem Land verantwortlich ist: Es ist die Polizei.

Scheibchenweise ist in den letzten Wochen ans Licht gekommen, dass die Polizei in Wahrheit in umfassender Weise in die Durchführung der Veranstaltung eingebunden war. Polizeibeamte waren an allen Brennpunkten des Geschehens im Einsatz. Sie haben verzweifelt und mit aller Kraft versucht, die Katastrophe zu verhindern und Menschen zu schützen. Aber, meine Damen und Herren, wir, die Opfer und die Öffentlichkeit wollen wissen, warum die Polizistinnen und Polizisten nicht erfolgreich sein konnten, welche Fehler der Einsatzleitung unterlaufen sind. Das wollen wir wissen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Wenn der Innenminister diese Fragen nicht endlich proaktiv beantwortet und die Informationen, die ihm vorliegen, weiterhin erst im politischen Kreuzverhör preisgibt, dann werden wir ihm das nicht länger durchgehen lassen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

So wie in den letzten Wochen, Herr Jäger, geht es nicht weiter. Sie haben permanent Beton angerührt, immer nur auf die anderen gezeigt und nicht im Ansatz den Eindruck erweckt, als wären Sie bereit, wirklich mit offenen Karten zu spielen.

(Sören Link [SPD]: Waren Sie bei einer einzigen Debatte dabei, Herr Papke? Das ist doch lächerlich! Sie waren nicht ein Mal dabei und erheben hier das Wort!)

Das muss sich ändern. Wir wollen die Ministerpräsidentin beim Wort nehmen. Wir zweifeln überhaupt nicht an ihrem Wort, dass sie dafür Sorge tragen wird, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es darum geht, die Ursachen dieser fürchterlichen Katastrophe aufzuklären. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben im Plenum bei diesem Tagesordnungspunkt eine Gemengelage, bei der ich glaube, dass sie uns besondere Sorgfalt abverlangt. Das liegt zum einen daran, dass wir – wir haben es gerade von meinem Vordner gehört – mit Ihrem Verhalten, Herr Minister Jäger, überhaupt nicht zufrieden sein können. Zum anderen haben wir heute Morgen sowohl durch den Präsidenten des Landtags als auch die Ministerpräsidentin gehört, wie die Stimmung hinsichtlich dieser Situation bei den Menschen in unserem Lande ist. Wir alle haben immer gesagt, wir nehmen die Verpflichtung an, dazu beizutragen, die Ursachen zu klären. – Frau Kraft – da kann ich Ihnen gerne zustimmen –, wenn es uns gelingt, damit das Unfassbare etwas erträglicher zu machen, dann machen wir etwas richtig.

Wer wissen will, ob das so ist, hätte gestern Nachmittag eine Sendung auf WDR 2 hören müssen, in der ein junger Student, dessen Bruder zu Tode gekommen ist, gefragt wurde, wie das Leben in seiner Familie seitdem aussieht. Er beschrieb sehr intensiv, wie er und seine Schwester damit umgehen können, weil sie durch Prüfungen gefordert sind – die Ablenkung ist da: wer in Prüfungen steckt, hat nicht mehr die Zeit, sich anderweitig zu konzentrieren –, wie aber seine Eltern nach wie vor antriebslos darauf warten, endlich ein Stück mehr zu hören: Wieso konnte es dazu kommen?

Das sind Fragen, die auch die Helfer stellen. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich all diejenigen noch einmal danken, die geholfen haben. Das betrifft die Sanitäter, die Feuerwehr, die Notfallseelsorger, die

zum Teil von sich selber sagen, sie seien auch ein Stück traumatisiert.

Der Dank gilt aber auch ausdrücklich den eingesetzten Polizeibeamten. Auch von ihnen werden ganz viele, die nahe am eigentlichen Schreckensort waren, den Einsatz so schnell nicht vergessen. Manche von ihnen sind auch selbst in Gefahr geraten.

Wir erleben auch, dass einige von ihnen fragen: Was wollt ihr nun von uns? – Sie fühlen sich ungerecht behandelt, wenn jetzt auch die Polizei in den Fokus unserer Fragen kommt. Aber ich darf denjenigen ausdrücklich sagen: Es geht uns nicht darum, einzelnen Beamten etwas vorzuhalten. Es geht uns nicht darum, der Polizei etwas vorzuwerfen. Wir wollen keine Schuldzuweisungen, und wir wollen keine Vorverurteilungen. Für die Feststellung der Schuld sind Staatsanwaltschaft und Gerichte zuständig.

Wir wollen die Aufklärung: Warum konnte es zu den tragischen Ereignissen kommen? Was muss künftig beachtet werden, damit sich solch eine Tragödie nicht wiederholt? Dazu ist es notwendig, die Beteiligung aller zu hinterfragen, die gehandelt haben. Das ist die Beteiligung der Stadt Duisburg, das ist die Beteiligung des Veranstalters, und das ist die Beteiligung der Polizei.

Wie notwendig es ist, gerade auch die Polizei in das Hinterfragen einzubeziehen, macht die heutige Ausgabe der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sehr deutlich. Herr Minister Jäger, eigentlich müsste Ihnen übel werden, wenn Sie diesen Artikel lesen; denn Sie haben den provoziert. Herr Kollege Dr. Papke hat das gerade ein Stück weit angesprochen. Das kann man nur nachhaltig unterstützen. Dass wir diese Lage haben, haben alleine Sie zu verantworten.

Scheibchenweise wird in Duisburg offenbar, dass auch der Polizei eklatante Pannen und Fehlleistungen bei der Love-Parade unterliefen. Wer den Artikel liest, liest das, was alle wussten, was Sie aber immer bestritten haben. Darum sage ich heute: Es liegt auch im Interesse der Polizei, das gesamte Geschehen aufzuarbeiten und dabei jeden Anschein zu vermeiden, es solle irgendetwas vertuscht werden. Es geht darum, zu fragen: Warum konnte es zu diesen tragischen Ereignissen kommen?

Herr Minister, ich will und muss mich noch einen Augenblick mit Ihnen beschäftigen. Sie haben vier Tage nach der Katastrophe Transparenz und größtmögliche Offenheit zugesagt. Wir haben uns darauf verlassen. Wir haben Ihnen mehr als 130 Fragen gestellt. Die Antworten – ich habe es in der letzten Sitzung des Innenausschusses bereits gesagt – wurden von einem Journalisten als „etwas humoristisch“ bezeichnet. Das ist kein Kommentar Biesenbach, sondern das ist ein Kommentar der Chronisten, die Ihre Antworten kennen.

Statt möglicher konkreter Antworten gab es von Ihnen nur Versuche, abzulenken, indem Sie zu 20, 30 Fragen immer dieselbe Antwort gaben. Das ist wirklich peinlich, und das entspricht eigentlich nicht dem Niveau, das wir gewohnt sind.

(Zuruf von der SPD)

Das beste Beispiel der Arbeit ist das Gutachten von Prof. Mayen, den Sie abstrakt darüber philosophieren lassen, wer denn wofür zuständig war. Über abstrakte Fragen hätten wir hier nicht debattieren müssen; das bekommt jeder Student bereits beim kleinen öffentlich-rechtlichen Schein mit. Er selbst musste in der Sitzung des Innenausschusses ja auch zugeben, dass es irgendwann einen Zeitpunkt gab, an dem die Polizei selbst zuständig wurde. Er hat sich nicht festgelegt, weil ihm, wie er sagte, die Fakten fehlten. Wenn dem aber so ist, dann haben Sie mit diesem Gutachten nichts anderes gemacht als vernebelt.

Meine Damen und Herren, wer sich das Geschehen zu Gemüte führt, wer sich damit ausführlich beschäftigt, weiß, dass es weder zu einer Massenpanik im Tunnel noch zu einer Stampede gekommen ist, wie die Massenlehre es bezeichnet. Es geht um ein lokales Gedränge auf der Zusatzrampe, das die Wissenschaft als „Massenturbulenz“ beschreibt – kein Ereignis, das möglicherweise unvorhersehbar war. Es war ein Ereignis, über das gesprochen wurde; und dabei sind viele Fragen offen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Fragen an den Veranstalter: Hatte er ein Konzept, das hätte funktionieren können? War der angenommene Besucherstrom mit den Maßnahmen dieses Konzeptes steuerbar? War ein Gedränge vorhersehbar? Hat der Veranstalter die Auflagen der Genehmigungsbehörde erfüllt oder missachtet? Warum standen da beispielsweise Bauzäune und eine Brezelbude herum? Wieso standen Polizeifahrzeuge auf der Rampe? Wie groß war die Zahl der eingesetzten Ordnungskräfte, und wie qualifiziert waren sie? Wieso misslang die Steuerung der zuströmenden Besucher an den Vereinzelungsanlagen? Wieso gab es keine Lautsprecheranlagen, und wieso unterblieb ein effektiver Ordnerinsatz auf der Rampe? – Wir haben die Fragen weitergegeben, und ich bin sicher, wir werden die Antworten bekommen.

Auch die Stadt Duisburg wird sich noch einige Fragen gefallen lassen müssen, nachdem sie uns jetzt eine Menge Unterlagen zur Verfügung gestellt hat. Die drängendste Frage heißt: Hätte sie die Veranstaltung mit dem Konzept, das vorlag, genehmigen dürfen? Welche Prüfpflicht oblag ihr hinsichtlich der erwarteten Besucherströme, des Zu- und Abgangs mit dem Gegenstromverfahren? Und welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Gutachter Prof. Schreckenberg zu?

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Stadt Duisburg – das will ich hier einmal deutlich sagen – ist im Augenblick die einzige Beteiligte, die uns eine große Menge an Unterlagen zur Verfügung gestellt hat.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist doch ein Witz! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Stotko, lesen Sie! Ob Sie damit zufrieden sind, ist doch Ihr Bier. Sie wollen etwas anderes. Was Sie im Ausschuss gemacht haben, war nichts anderes als der Versuch abzuwälzen. Hören wir auf damit! Das wollen wir heute hier nicht tun. Lassen wir uns über dieses Verhalten nicht debattieren.

(Beifall von der SPD)

Ich bemühe mich, hier deutlich zu machen, was heute zu tun ist. Hören Sie mit diesem Szenentheater auf!

(Zurufe von der SPD)

Dann bleibt letztlich der dritte Bereich: Lassen Sie Ihren Innenminister erst einmal so viel vorlegen, wie die Stadt Duisburg vorgelegt hat. Dann können wir uns darüber unterhalten.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

So! – Dann müssen wir die nächsten Fragen stellen. Die betreffen wiederum den Bereich des Innenministers: War die von der Polizei durchgeführte Sperre auf der Rampe zwischen 16:00 und 16:30 Uhr bis 16:40 Uhr kausal für die Todesfälle? Hat die Polizei die besondere Gedrängesituation, die dort anfiel, erst dadurch geschaffen, dass sie an drei möglicherweise ungeeigneten Stellen Sperrerrichtete und unkoordiniert wieder aufhob, sodass das Gedränge dadurch nicht beseitigt wurde, sondern gerade erst zur Gefahrenerhöhung beigetragen hat?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Biesenbach, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Frau Abgeordnete Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Peter Biesenbach (CDU): Nein, nein. Ich will lieber weiter darstellen. Das können wir später machen.

Obwohl sich die Situation ab 15:30 Uhr erheblich verschärfte, wurde seitens der Polizei keine andere Maßnahme getroffen, um das Ganze aufzulösen. Wäre es möglich gewesen? – Dem Anschein nach ja; denn es war anschließend möglich: Ab 17:15 Uhr haben sich durch die zweite Rampe und durch den Sanitätseinsatz alle Staus völlig aufgelöst. Da war plötzlich ein Abfluss möglich, ohne dass es zu einem größeren Gedränge kam.

Nahe liegt es doch, anzunehmen, dass man das auch vorher schon hätte schaffen können, beispielsweise mit akustischen Mitteln. Auf den Polizei-

fahrzeugen, die dort standen, waren doch Lautsprecher. Warum wurden die nicht genutzt, wenn die Lautsprecher des Veranstalters nicht funktionierten? Hatte der Veranstalter keine?

Wie war denn die Kommunikation zwischen dem Crowd-Manager und der Polizei? Als der Crowd-Manager nach der Erkenntnis der Polizei selber sagte: „Ich habe die Lage nicht mehr im Griff“, hat er das Handeln doch übernommen. Wie, mit welcher Kommunikation? Wir wissen heute noch nicht, ob die Einsatzleitung überhaupt jemals etwas davon erfahren hat.

Sie, Herr Minister, waren bis 17 Uhr auf dem Gelände. Sie waren in unmittelbarer Nähe des stellvertretenden Polizeipräsidenten. Der hatte einen Knopf im Ohr. Sie selber sagen: 17:20 Uhr oder 17:30 Uhr habe ich es das erste Mal erfahren, als ich zu Hause war. – Wer hat denn da mit wem kommuniziert? Wer hat denn da gehandelt? – Das sind doch Fragen, die wir hier klären müssen. Und Antworten darauf hätten wir von Ihnen erwartet.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihr ständiger Hinweis, es sei unfair, die Polizei um Hilfe zu bitten, dann aber zur Verantwortung zu ziehen, der appelliert nur an die öffentliche Meinung, ist in der Sache aber völlig irrelevant. Denn wenn man das verallgemeinern wollte, hieße das: Die Polizei ist für ihre Maßnahmen dann nicht verantwortlich, wenn man sie um Hilfe bittet. – Diesen Aberwitz werden Sie doch selbst nicht behaupten.

Wo stehen wir denn heute? Alle sagen – Herr Dr. Papke hat es gerade deutlich gemacht, und die Ministerpräsidentin hat genickt –: Wir wollen Transparenz, wir wollen Offenheit. – Bitte, dann zeigen Sie sie doch! Was erleben wir stattdessen? Ihren Brief, den ich gestern erhalten habe, mit einem Hinweis des Justizministers nach dem Motto: Die Staatsanwaltschaft möchte nicht, dass weitere Akten an uns herausgegeben werden. – Mein Gott, dass sie das nicht möchte, wussten wir vorher auch schon. Dass sie erst einmal in Ruhe arbeiten will, mag auch sein. Aber Sie haben alle anderen Akten doch auch dem Polizeipräsidenten in Essen gegeben mit dem Hinweis, er möge einmal die Nachbetrachtung machen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wieso sind wir gefährlicher als der, wenn Sie in der Lage sind, die entsprechende Stillhaltesituation herbeizuführen? Wissen Sie, was Sie wollen? Sie scheuen sich; denn Sie haben beide – Herr Kutshatzy in Beihilfe und Sie – keine Lust und kein Interesse, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, was in Ihren Verantwortungsbereichen geschehen ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wenn Sie das heute nicht eindeutig mit den Zusagen, wann wir was von Ihnen erhalten, widerlegen,

dann werden wir diesen Vorwurf ab morgen ganz deutlich machen: Liebe Frau Kraft, Ihr Innenminister vertuscht und trickst; er hat kein Interesse, zu einer Aufarbeitung beizutragen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

So! – Damit will ich jetzt erst einmal unterbrechen, damit ich gleich noch Zeit zu einer Erwiderung habe. Aber noch einmal: Stellen Sie heute und jetzt hier klar, wann wir welche Unterlagen und Möglichkeiten bekommen, das Verhalten nachzuvollziehen! Sonst bleibt dieser Vorwurf in der Welt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Biesenbach. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Stotko das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Als der Antrag am 1. September von der FDP eingebracht wurde, hatte ich noch die Hoffnung, es gehe tatsächlich um Aufklärung und um Angemessenheit. Nach den Wortbeiträgen von Ihnen, Herr Kollege Dr. Papke, und insbesondere von Ihnen, Herr Biesenbach, stelle ich fest: Nicht wir sind diejenigen, die Klamauk machen. Sie sind es heute in diesem Plenum. Ihnen geht es um Angriffe auf den Innenminister

(Christof Rasche [FDP]: Unverschämtheit!)

und nicht um die Opfer und die Verletzten dieser Tragödie. Das ist ein peinliches Bild, das Sie hier abgeben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen, Kollege Dr. Papke, bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, eben noch dieses sagen: Wenn Sie schon eine solche Nummer hier abziehen und der Ministerpräsidentin vorwerfen, sie würde sich nicht auf ihren Stuhl setzen, um Ihnen zuzuhören, weil Sie sie direkt ansprechen wollen, will ich Sie an die letzten fünf Jahre erinnern, als Ihr Ministerpräsident des Öfteren an Sitzungen überhaupt nicht teilgenommen hat, in denen wir ihn auch gern einmal angesprochen hätten. Dazu haben Sie sich nie geäußert. Es ist eine Frechheit, wie Sie mit der Ministerpräsidentin und dem Parlament umgehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Biesenbach, ich hatte gehofft, dass Sie aus Ihren alten Reden gelernt hätten. Das ist aber nicht der Fall. Wenn Sie wollen, hole ich Ihnen die Protokolle aller Sitzungen heraus, in denen Sie immer betont haben, die Staatsanwaltschaft sei unabhängig, sie dürfe nicht von diesem Parlament beeinflusst werden und schon gar nicht von der

Justizministerin. Sie sagen aber gerade: Kein Wunder, dass nichts herausgegeben wird! Der Justizminister möchte das ja nicht. – Sie kennen doch die Entscheidung des Generalstaatsanwalts. Die Begründung ist nicht „Ich möchte nicht“, er sieht vielmehr den Fahndungs- und Ermittlungserfolg gefährdet, wenn Unterlagen bereits ausgehändigt werden. In Ihrer Zeit wurden Zeugen des Untersuchungsausschusses Unterlagen ausgehändigt, damit sie ihre Aussagen vorbereiten konnten. Hier macht der Justizminister seine Arbeit ordentlich. Nehmen Sie das einfach mal zur Kenntnis!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Engel, jetzt weiß ich auch, warum Herr Dr. Papke als Erster gesprochen hat. Als ich die Rednerfolge sah, habe ich schon geahnt, was kommt. Hätten Sie angefangen – nehmen Sie mir das nicht übel –, dann hätte ein langjähriger, anerkannter innenpolitischer Sprecher der FDP darauf hingewiesen, dass es hier nicht um Klamauk geht, sondern um die Frage, wer welche Verantwortung trägt, und dass wir schauen müssen, aus solchen Fehlern zu lernen. Sie hätten das also anders vortragen; dessen bin ich mir sicher. Sie wurden daher an Stelle 2 gesetzt.

Wir hätten im Übrigen gerne – das wissen Sie – gemeinsam mit der FDP und anderen Fraktionen in diesem Parlament diesen Antrag gestellt. Dem hat sich Ihre Fraktion verweigert. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass das weniger an Ihnen, Herr Engel, und mehr an Ihrem Fraktionsvorsitzenden gelegen hat, Herrn Dr. Papke. Wie schade, eine weitere Chance vertan!

Aber was sind denn die Forderungen Ihres Antrags? Schauen wir doch einmal hinein!

Das Parlament soll sein Mitgefühl erklären. – Wer unterschreibt das denn nicht? Das haben wir, Herr Dr. Papke, heute Morgen pünktlich zu Beginn der Sitzung getan.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Dann können Sie ja gleich zustimmen!)

– Herr Dr. Papke, warten Sie! Sie werden gleich völlig überrascht sein: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist ja wunderbar!)

– Ja, sehen Sie! Ich erkläre Ihnen auch, warum; Sie schauen nämlich so überrascht. Wir haben hier heute Morgen unser Mitgefühl ausgedrückt – zu Recht. Ich finde, das kann man auch nicht oft genug machen. Deshalb ist die Forderung 1 Ihres Antrags richtig.

Dann zu Ihrer Forderung nach umfassenden Hilfen. – Herr Dr. Papke, wollen Sie mir zuhören,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ja!)

oder wollen Sie mir, wie Sie andere entsprechend kritisieren, nicht zuhören? Beim Zuhören haben Sie ja selber Schwierigkeiten.

Zu Ihrer Forderung nach umfassenden Hilfen: Das hat die Landesregierung gemacht. Eine Steilvorlage für uns! Besten Dank! 1 Million € Soforthilfe, Herr Riotte als Ombudsmann, als Ansprechpartner für alle Betroffenen, eine bewegende Rede der Ministerpräsidentin auf der Trauerfeier, die Sie selbst schon gelobt haben, das gemeinsam eingerichtete Spendenkonto für die Betroffenen, die psychosoziale Versorgung der Betroffenen, aber auch der Helfer in jedem Kreis und jeder Stadt. Wenn das keine umfassende Hilfe ist, dann weiß ich es nicht. Damit hat die Landesregierung auch Ihre zweite Forderung erfüllt.

Ich komme zu Ihrer Forderung 3, dem Dank an die Helfer. Es fällt uns allen, glaube ich, leicht, insbesondere den eingesetzten Rettungskräften, jedem Einzelnen von ihnen für seine Arbeit zu danken und ihm zu wünschen, dass er nach diesen schrecklichen Erlebnissen wieder auf die Beine kommt.

Aber der Dank gilt zu Recht auch den über 4.000 eingesetzten Polizeibeamten, die an diesem Tag ihren Dienst versehen und vermutlich auch nicht damit gerechnet haben, in eine solche Situation zu geraten.

Vielleicht haben Sie aber, Herr Biesenbach, den Dank nicht so verstanden; denn Sie hatten ja den Einsatz von Schlagstöcken in dem Tunnel gegen Teilnehmer der Love-Parade, die friedlich zu einem Lied tanzen wollten, gefordert. Diese Forderung können Sie heute nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten. Daran sieht man aber, wie es bei Ihnen getickt hat; das sage ich Ihnen ganz deutlich. Das geht so nicht.

Wir danken den Helfern ausdrücklich – das ist auch richtig so – und hoffen, dass alle dieses schlimme Schicksal letztendlich überwinden.

Zuletzt – und das ist es doch, worum es Ihnen in der Überschrift geht – fordern Sie die uneingeschränkte Aufklärung durch alle Beteiligten. – Da danke ich ausdrücklich dem Innenminister. Und, Herr Biesenbach, Sie hätten das auch machen müssen.

(Heiterkeit von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Denn: 15 Stunden nach der Tragödie, am Sonntagmorgen, hat Ihr Telefon geklingelt und Sie sind vom Innenminister gebeten worden, am nächsten Tag, am Montag, 36 Stunden später, ins Innenministerium zu kommen, um die Informationen über die Love-Parade aus erster Hand zu erhalten – wie Herr Engel, wie Frau Conrads, wie Frau Düker und wie Herr Stotko. 36 Stunden nach der Tragödie, Herr Biesenbach!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Mein Dank geht an den Innenminister.

Ich erinnere Sie gern an andere Zeiten: Frau Müller-Piepenkötter hat es geschafft, fünf Tage zu brauchen, um in einer Sondersitzung des Rechtsausschusses über Siegburg zu berichten.

(Zurufe von der CDU)

Und dann auch nur auf Zwang! Da hat es überhaupt keine Informationen der Sprecher gegeben. Warum danken Sie dem Innenminister nicht für diese gute Arbeit, die er da geleistet hat? Das frage ich Sie ganz deutlich.

Dann hat es drei mehrstündige Ausschusssitzungen gegeben sowie zahlreiche vertraulich beantwortete Fragen – die Sie auch kennen und hier absichtlich weglassen. Dass Sie Material beim Innenminister gesehen haben, das sonst niemand gesehen hat, betonen Sie hier nicht. Dafür danken Sie ihm auch nicht. Das jetzt wäre eine gute Gelegenheit gewesen. Aber vielleicht wollen Sie einfach die alte Zeit, Ihre Landesregierungszeit, zurückhaben, als man nicht informiert wurde.

Aber die Menschen in diesem Land interessieren sich nicht für Ihren Klamaus, Herr Dr. Papke und Herr Biesenbach; denn sie wissen inzwischen das, was wir hier alle wissen: Die Eingangsschleusen sind zu spät geöffnet worden. Zäune standen im Weg. Sowohl an den Schleusen als auch an der Rampe als auch in den Tunneln gab es zu wenige Ordner. Es war ein fehlerhaftes Konzept zum Mitlaufen von Besuchern der Love-Parade, und es gab eine mangelhafte Ausbildung der Ordner.

Wir wissen auch: Nur einen einzigen Ein- und Ausgang vorzuhalten war ein Fehler. Die Stadt Duisburg kannte die Gefahr dieser Rampen, sie kannte sogar ein Schreckensszenario für das, was passiert ist – und hat sich am Tag der Veranstaltung um nichts gekümmert, um gar nichts.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Stotko, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche: Der Kollege Lohn möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie die zu?

Thomas Stotko (SPD): Klaro. Natürlich.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön.

Werner Lohn (CDU): Vielen Dank. – Herr Kollege Stotko, Sie haben eben die Informationsveranstaltung des Innenministers am Montag nach der Katastrophe angesprochen. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum der Innenminister bei dieser Informationsveranstaltung, die ja grundsätzlich lobenswert ist, mit keinem einzigen Wort erwähnt hat, dass er sich während der kritischen Phase des Ereignisses auf dem Gelände befunden hat und Kontakt

zum Einsatzleiter hatte? An dem Montagmorgen ist mit keinem Wort von ihm gesagt worden, dass er zu dem Zeitpunkt da war. Gibt es dafür eine Erklärung?

Thomas Stotko (SPD): Herr Kollege Lohn, die beste Erklärung wäre, Sie würden Herrn Biesenbach fragen, was er Ihnen erzählt hat.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist das denn für eine Antwort?)

Der Innenminister hat an diesem Montagmittag im Innenministerium gesagt, dass er selber Teilnehmer der Love-Parade war. Sie müssen Herrn Biesenbach angucken, der war da, nicht Herr Kruse. Der Innenminister hat gesagt, dass er zu diesem Zeitpunkt da gewesen ist und hat auch schon berichtet, dass ihm in dem Moment, als er gegangen ist, noch nichts bekannt war. Wären Sie dabei gewesen, wüssten Sie das. Die Kommunikationslücken zwischen Herrn Biesenbach und Ihnen kann ich nicht beheben, Kollege Lohn.

(Beifall von der SPD – Peter Biesenbach [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Tut mir leid, Herr Kollege Biesenbach, ich würde jetzt gerne zusammenhängend ausführen; und Sie wollen ja sowieso noch mal reden.

Wir wissen ferner, dass niemand das Gelände kontrolliert hat. Und der zuständige Dezernent bleibt fünf Tage nach der Love-Parade im Urlaub, ein Oberbürgermeister fühlt sich als Opfer, gibt wöchentlich einem anderen die Schuld und wird von seinen eigenen Parteikollegen geschnitten.

Und die Polizei – und das ist doch wichtig – räumt Fehler in der Kommunikation ein. Woher wissen wir denn diese ganzen Sachen? Wissen wir die von Herrn Schaller? – Nein! Wissen wir die von Herrn Sauerland? – Nein! Alle Informationen, die wir bis jetzt haben, haben wir von Herrn Wehe als Generalinspekteur der Polizei und vom Innenminister erhalten: in drei Sitzungen, zwei Sitzungen des Innenausschusses und einer Sitzung des Rechtsausschusses. Die Einzigen, von denen wir nichts haben, sind Herr Schaller und Herr Sauerland. Die hätten liefern können, haben es aber nicht getan. Und das müssen wir zu Recht mit diesem Antrag hier einfordern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es bleibt dabei: Wenn alle ihrer Aufgabe gerecht geworden wären, wäre es nicht zu diesem Unglück gekommen. Dessen bin ich mir sicher. Und wir müssen hier in Nordrhein-Westfalen zu Recht klären, wer seiner Aufgabe jeweils nicht gerecht geworden ist. Dazu sage ich deutlich, dass das alle Beteiligten an der Planung und Durchführung dieser Veranstaltung betrifft.

Aber mal ganz ehrlich: Um wen geht es jetzt eigentlich gar nicht in dieser Debatte im Parlament? – Es

geht schon lange nicht mehr um die Opfer, um die Hinterbliebenen, um die Verletzten, um die Familienmitglieder, um die Freunde und Bekannten oder auch um die Eltern, die stundenlang versucht haben, ihre Kinder zu erreichen, nicht wissend, ob denen etwas passiert ist, und, wenn ja, was. Um die ging es in Ihren beiden Wortbeiträgen herzlich wenig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Stotko, vielleicht darf ich Sie noch einmal unterbrechen: Frau Kollegin Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Thomas Stotko (SPD): Gerade habe ich das Herr Biesenbach schon abgelehnt, dann würde ich das bei Monika Düker auch machen wollen. – Nein, ich mache es anders. Dann nehme ich aber auch Herr Biesenbach dran.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Dann stellt also nun Frau Kollegin Düker ihre Zwischenfrage, und danach kommt eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Biesenbach, die Sie ebenfalls zulassen wollen.

Thomas Stotko (SPD): Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Abgeordnete Düker, bitte.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin. – Das ist vielleicht ganz praktisch, weil sich die Frage indirekt auch an Herrn Biesenbach richtet. Ich weiß: Ich frage den Redner.

Herr Kollege Stotko, zu den Vorwürfen eines Schwarzer-Peter-Spiels – das wir alle hier heute kritisieren –, wonach von der Landesregierung Unterlagen und Informationen vorenthalten würden und nicht transparent aufgeklärt werde – insbesondere von Herrn Biesenbach wird dieser Vorwurf schon seit Wochen erhoben –, frage ich Sie: Ist Ihnen die Antwort der Staatsanwaltschaft, die uns über den Justizminister zur Kenntnis gegeben wurde, bekannt, nach der die Staatsanwaltschaft das immer wieder geforderte Ablaufprotokoll der Polizei – von dem Herr Biesenbach beklagt, es werde vom Innenminister bewusst zurückgehalten – aus ermittlungstaktischen Gründen bzw. aus Datenschutzgründen und um Zeugen nicht zu beeinflussen nicht herausgeben kann? Ist Ihnen diese Zuschrift bekannt, und wie bewerten Sie die?

Thomas Stotko (SPD): Mir ist diese Zuschrift bekannt; ich hatte sie zu Beginn auch schon erwähnt.

Ich hatte nämlich deutlich gemacht, dass es bereits ein Schreiben des Generalstaatsanwalts dazu gibt, eine Mitteilung, die wir über den Justizminister bekommen haben.

Und ich bewerte das so: Wenn wir wollen, dass ordnungsgemäß ermittelt wird und dass all diejenigen, die strafrechtliche Verantwortung tragen, dieser Verantwortung auch zugeführt werden können, dann brauchen wir uneingeschränkte und freie Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Dagegen spricht, Unterlagen herauszugeben und Dritten zur Verfügung zu stellen. – Das weiß aber auch Herr Biesenbach, Frau Düker.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Biesenbach, bitte.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Kollege Stotko, Sie sprachen gerade von dem Montag nach dem Ereignis, wo der Innenminister etwas gesagt haben soll. Ich habe an diesem Termin teilgenommen. Der Innenminister hat in einem Nebensatz mitgeteilt, er sei auch da gewesen. – Ende.

(Zurufe von der SPD)

– Langsam, langsam! – Wenn jetzt mit dem Nebensatz „Ich war dabei“, der zu keinen weiteren Nachfragen anregte, gemeint ist, der Minister sei transparent auch auf die Fragen eingegangen, die jetzt aufgetaucht sind – damit meine ich die Frage, warum er noch eine halbe Stunde nach dem ersten Todesfall nicht davon wusste –, dann erklärt mir das, warum Sie auch jetzt mit der Transparenz zufrieden sind, was das Ereignis angeht.

(Sören Link [SPD]: Das ist unterirdisch! Stellen Sie auch eine Frage?)

Sie sind mit Nebensätzen zufrieden, Herr Kollege, wir nicht.

(Sören Link [SPD]: Das war echt unterirdisch!)

Thomas Stotko (SPD): Herr Biesenbach, das war jetzt aber keine Frage. Oder habe ich etwas überhört? Das war ein Wortbeitrag. Den hätten Sie in Ihre Rede einbinden können. Eine Frage habe ich nicht gehört. Sie bestätigen lediglich die Richtigkeit meiner Aussage, dass der Innenminister darauf hingewiesen hat, dass er anwesend gewesen sei. Mal ganz ehrlich: Wenn Ihnen das so wichtig war, frage ich mich, warum Sie es nicht geschafft haben, da nachzufragen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Britta Altenkamp [SPD]: Richtig! Das ist entscheidend!)

Vielleicht lag das aber auch daran, dass Sie im Gegensatz zu allen anderen Sprechern zu spät zu der Besprechung gekommen sind und letztendlich vielleicht ein bisschen mehr in Urlaubsstimmung waren. Das lasse ich allerdings offen. Das ist ein komisches Spiel, das Sie hier treiben. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal auf die Tatsache zurückkommen, dass es hier in diesem Parlament viel zu wenig um die Opfer, die Hinterbliebenen und deren Familien geht. Ich will das für uns alle – ich sage das ganz deutlich – ein wenig aufarbeiten, indem ich mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, Auszüge aus der „Berliner Zeitung“ vom 4. September zitiere. Der Bericht trägt die Überschrift „Wie eingefroren“ und erschien sechs Wochen nach der Love-Parade. Es geht darin um Liliane S., die dieser Zeitung zum Interview stand.

„Wir kamen mittig raus, links war die Treppe, vor uns eine Absperrung, und dann wurde es immer, immer enger.“

„Ich kriege keine Luft mehr“, röchelte eine junge Frau neben ihr und begann um sich zu schlagen. Spar deine Kräfte, statt hier rumzubrüllen, habe sie der Frau zugezischt. Heute tut ihr das leid. ‚Irgendwann war sie weg‘, berichtet Liliane S. ...

Irgendwann seien sie alle nach hinten gekippt. ‚Unter mir lagen zwei Männer. Der eine war tot, den habe ich später auf einem Foto wiedererkannt.‘ Der andere habe immer wieder versucht, sich mit einer Hand an ihrer Schulter hochzuziehen. Sie habe seine Hand weggeschubst, ‚weil er mich immer weiter runterzog und ich keine Luft mehr bekam. Irgendwann hörte die Hand auf zu ziehen‘. Immer wieder denkt sie darüber nach, Schuldgefühle verfolgen sie. Würde er noch leben, wenn sie seine Hand nicht weggeschoben hätte? Oder aber: Hat er vielleicht so gar überlebt?

Sie selber wurde schließlich von einem Ordner aus dem Menschenknäuel gezogen, übersät mit blauen Flecken. Schwere Prellungen und Quetschungen, diagnostizierte zwei Tage später eine Ärztin ... Vom erlittenen Schock ganz zu schweigen.“

Und sie sagt:

„Ich will das alles nicht. Wie lange bleibt das so? Zwei Wochen? Zwei Jahre? Es soll aufhören.“

Dem Wunsch können wir uns alle hier nur anschließen. Das Leid der Opfer, der Angehörigen, der Betroffenen muss aufhören. Deshalb ist dieser Antrag der FDP richtig: um darauf hinzuweisen, dass wir alle die Bemühungen der Landesregierung weiter unterstützen und dass wir es auch richtig finden, umfassende Hilfen eingeleitet zu haben. Und es wäre schön, wenn wir in der weiteren Debatte über

diesen Antrag und über die Love-Parade zu dem zurückkommen würden, was ich für richtig halte, nämlich zu den Opfern und deren Angehörigen. – Danke.

(Lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stotko. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Bolte das Wort. Bitte sehr.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Stotko hat uns gerade zum Schluss seines Wortbeitrags die Tür geöffnet, die Debatte wieder etwas ruhiger zu führen.

Ich glaube, wir alle haben die Bilder dieses Ereignisses vom 24. Juli, das wir hier parlamentarisch begleiten, sehr klar vor Augen. Ich bin mir sicher, es berührt uns alle, wenn uns die Menschen, die dabei waren, von ihren Erlebnissen berichten, wenn uns die Retter und Helfer schildern, wie sie in einer Situation, die aussichtslos wirkte, versucht haben, unter größtem Einsatz zu retten, was zu retten war, und so vielen Menschen zu Hilfe zu eilen.

Ich glaube – da spreche ich für viele von uns –: Es trifft uns alle, dass wir auch bald acht Wochen nach diesem tragischen Unglück nicht genau wissen, was dazu geführt hat, dass 21 Menschen getötet und über 500 Menschen verletzt wurden. Wir sind alle traurig und bestürzt – das haben wir oft genug klargemacht –, wenn wir an diesen Sommertag denken, an dem die pure Lebenslust dem Chaos und der Trauer wich.

Nicht zuletzt sind auch bei uns im Land viele Menschen sprachlos, weil Verantwortung nicht klar auszumachen ist. Viele Menschen sind wütend, weil immer noch zu viele Informationen nicht offengelegt werden und weil bisher niemand Konsequenzen gezogen hat, obwohl doch vielen Menschen in unserem Land die Zusammenhänge oftmals so klar erscheinen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch hier im Landtag konnten wir in den Sitzungen des Innenausschusses und in der Sitzung des Rechtsausschusses zwar sehr viele Fragen stellen, aber nur wenige abschließende Antworten entgegennehmen.

Die Antworten, die wir bekommen haben, kamen sicherlich sehr schnell und umfassend von der Landesregierung. Herr Stotko hat bereits darauf hingewiesen, wie schnell informiert wurde, dass immer wieder neue Informationen auf den Tisch kamen und schnellstmöglich weitergereicht wurden.

Vermisst habe ich aber in den ersten Beiträgen – insbesondere bei Herrn Papke und Herrn Biesen-

bach –, einen Hinweis darauf, dass Herr Minister Jäger und Herr Inspekteur der Polizei Wehe immer offengelegt haben, dass es in einer Großlage wie bei der Love-Parade völlig klar ist, dass sich die Polizei nicht uneingeschränkt fehlerlos verhalten kann, dass aber solche Fehler – falls es sie gegeben haben sollte und sie im Einflussbereich der Polizei Mitursache für die Katastrophe sind – umfassend aufgearbeitet werden. Das war von Anfang an völlig klar und der Konsens, unter dem wir die Debatten in den letzten Wochen geführt haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Nach allem, was wir wissen, sind auf der übergeordneten Ebene korrekte Entscheidungen getroffen worden. Nach allem, was wir wissen, hat die Polizei das getan, was sie zugesagt hat und tun sollte. Alle Fragen, die bisher zum Polizeieinsatz aufgetreten sind, konnten aus meiner Sicht umfassend beantwortet werden.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass unsere Landesregierung den offenen und transparenten Kurs, den sie bisher verfolgt hat, weiter verfolgen wird. Es muss gelingen, einen Prozess zu entwickeln, in dem alle Beteiligten die Umstände dieser Katastrophe gemeinsam aufzuklären versuchen. Eine Tendenz in diese Richtung war in den letzten Wochen leider nicht so stark zu erkennen. Ich finde es – das will ich Ihnen ganz offen sagen – absolut erschütternd, dass der Veranstalter der Love-Parade von einer moralischen Verantwortung spricht und zugleich Vorwürfe in dieser Form an die Polizei richtet. Zumindest an meinen moralischen Maßstäben kratzt das ernsthaft.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ist es denn moralisch zu behaupten, dass die diejenigen, die helfen wollten, als das Sicherheitskonzept des Veranstalters versagt hat, die eingreifen wollten, als man dieser Lage kaum noch Herr werden konnte, Schuld an dem Tod von 21 jungen Menschen hätten?

Ist es denn moralisch, denjenigen, die ihr Leben riskieren, um zu helfen, den Tod von anderen Menschen vorzuwerfen?

Ist es denn moralisch, in Zeitschriften und in Nachrichtenmagazinen große Töne über Moral zu spucken, sich dann aber hier im Haus, wo die Diskussionen hingehören, die Diskussionen der Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen zu führen sind, von einem Winkeladvokaten vertreten zu lassen?

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es schmerzt mich aber auch, wenn der Wunsch nach Aufklärung an einer Stadtverwaltung scheitert, die außer mauern, mauern und noch einmal mauern keinen Beitrag zur Klärung dieser Katastrophe leisten will und sich dahinter verschanzt, keine Amtspflichten verletzt zu haben, und die die mangelnde Kontrolle ihrer Auflagen durch irgendwelche Ermes-

sensspielräume im Baurecht zu erklären versucht. Meine Damen und Herren, auch das ist grenzwertig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist völlig klar, dass wir bei diesem Thema nicht zur politischen Tagesordnung übergehen dürfen. Deshalb sollte auch keine Seite unseres Hauses versuchen, aus dieser Katastrophe politisches Kapital zu schlagen. Diesen Konsens wünsche ich mir hier im Haus. Ich wünsche mir vor allen Dingen, dass es keine blinden Angriffe und Unterstellungen gibt und dass wir alle den richtigen Ton treffen. Ich hoffe, dass wir das schaffen, was wir zu Beginn dieser Debatte leider nicht geschafft haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wie soll es weiter gehen? – Wir haben es mit einer ganzen Menge an Detailfragen zu tun. Herr Biesenbach hat viele dieser Fragen angerissen. Wir haben sie alle intensiv im Innen- und im Rechtsausschuss herausgearbeitet. Völlig klar ist, dass über die Frage, wer juristische Schuld trägt, letzten Endes die Staatsanwaltschaft zu befinden hat. Unsere Aufgabe ist es, den Kurs, den wir bereits in den ersten Tagen nach der Love-Parade-Katastrophe begonnen haben, fortzusetzen. Wir als Parlament müssen unsere Aufgabe darin sehen, Leitlinien zu entwickeln, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen sicher und unbeschwert zusammenleben und zusammen feiern können.

Es wird sicherlich dennoch unsere Aufgabe sein, den Prozess der Klärung politischer Verantwortung in den nächsten Monaten weiter zu begleiten. Es ist selbstverständlich und klar, dass die Landesregierung die Anforderungen erfüllt, die Sie von der FDP in Ihrem Antrag definiert haben. Deshalb sind wir auch bereit, ihrem Antrag zuzustimmen. Wir finden nämlich, dass dieses traurige Thema nicht für parteitaktisches Gezänk geeignet ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bin mir aber sicher, dass auch unser Land eine Katastrophe wie die bei der Love-Parade nicht einfach so wegsteckt. Das große Maß der Anteilnahme der vielen Menschen, die mit den Duisburgerinnen und Duisburgern, den Angehörigen der Opfer getrauert haben, stimmt mich optimistisch, dass wir dieses schreckliche Ereignis eines Tages werden bewältigen können, weil wir in diesem Land große Solidarität und Zusammenhalt haben. Wir als Landtag müssen in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen. Ich wünsche mir sehr, dass wir diesen Weg im Interesse derjenigen, über die wir reden, tatsächlich gemeinsam gestalten und uns keine wilden Unterstellungen liefern. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Die Linke Frau Abgeordnete Conrads das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Anna Conrads (LINKE): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Knapp sieben Wochen nach dem schrecklichen Ereignis, das 21 junge Menschen mit dem Leben bezahlt haben, sind die Verantwortlichkeiten der Love-Parade-Katastrophe immer noch nicht aufgeklärt. Seitdem erleben wir vielmehr, dass sich der Love-Parade-Veranstalter, die Stadt Duisburg unter ihrem CDU-Oberbürgermeister Adolf Sauerland, Polizei und Innenministerium gegenseitig den Schwarzen Peter für die politische Verantwortung und die juristische Verantwortung zuschieben.

Die politische Verantwortung für die Tragödie übernimmt auch keiner. Im Duisburger Rathaus bemüht sich der Oberbürgermeister nach dem am Montag ganz knapp gescheiterten Abwahantrag – hinter ihm steht keine Rathausmehrheit mehr – krampfhaft um eine Rückkehr zur Normalität. Das finden wir unerträglich.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ja, Herr Biesenbach, Sie haben recht: Ich finde auch, dass hier ein Stück weit Theater gespielt wird. Leider übernehmen Sie als Chefankläger auf dieser Bühne, auf der man sich gegenseitig die politische Verantwortlichkeit zuschiebt, eine der Hauptrollen.

(Beifall von der LINKEN)

Dieses Vorgehen halten meine Fraktion und ich in hohem Maße für unerträglich und unwürdig. Die Linke kann bis zum heutigen Tage kein Umdenken bei den Verantwortlichen erkennen. Seit geraumer Zeit diskutieren wir in den zuständigen Ausschüssen des Landtags. Auch in den Medien wird diskutiert. Auf offene Fragen kommen Gegenfragen und Schuldzuweisungen. Der Auftritt der Firma Lopavent im Innenausschuss hat viele von uns mit Kopfschütteln zurückgelassen. Viele Fragen bleiben an die Polizei und an die Stadtverwaltung.

Die sogenannten Gutachten, die vorgelegt wurden, haben auch wieder nur die bisherigen Standpunkte aller Beteiligten zementiert. Was glauben Sie, meine Damen und Herren, geht in den Angehörigen der 21 jungen toten Menschen vor, wenn sie das schlechte Theater, das seit sieben Wochen auch medial kolportiert wird, verfolgen? Denken Sie nicht, dass es nun endlich an der Zeit ist, dass wir gemeinsam sachlich aufklären und dort Verantwortung übernehmen, wo es nötig ist?

Ihr Antrag, liebe FDP-Fraktion, klingt als Willensbekundung erst einmal schön und gut. Einzig sehen wir nicht, welche Konsequenzen daraus folgen sollen, damit besser aufgeklärt wird. Ich kann Sie

nur davor warnen, allein der jetzigen Landesregierung die Schuld für die schrecklichen Ereignisse in die Schuhe zu schieben; denn Ihnen dürfte auch bekannt sein, dass bei den Planungen des Großevents Love-Parade noch eine schwarz-gelbe Regierung im Amt war, dass Innenminister Wolf als Dienstherr der Polizei in die Vorbereitung einbezogen war und dass ein Herr Rüttgers und ein Herr Mahlberg ebenso öffentlichen Druck für die Love-Parade aufgebaut haben wie ein Herr Pleitgen.

(Beifall von der LINKEN)

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, spricht sich meine Fraktion für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aus, der Licht ins Dickicht aus Fehlern, Pannen und organisierter Verantwortungslosigkeit bringen kann. Der Ausschuss kann und soll die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen natürlich nicht ersetzen. Seine Aufgabe besteht darin, unter Einsatz aller zu Gebote stehenden Beweismittel, durch Zeugenvernehmungen und durch Aktenvorlage zur Aufklärung des Sachverhaltes beizutragen, der zu der Tragödie der Love-Parade geführt hat. Am Ende sollte ein Abschlussbericht stehen, der zumindest die politischen Verantwortlichkeiten klar benennt.

(Beifall von der LINKEN)

Zudem wünschen wir uns auch, dass es als Konsequenz aus der Katastrophe nicht nur sicherheitspolitische Debatten gibt, sondern dass wir auch mal Kulturpolitik diskutieren. Wir sollten uns alle fragen, ob es tatsächlich in unser aller Interesse ist, dass kulturelle Events aus kommerziellen und aus Prestige Gründen so geplant und durchgeführt werden wie die Love-Parade.

(Beifall von der LINKEN)

Der Kulturbetrieb, Wirtschaft und Politik – alle wollten sich im Glanz dieser Megaparade sonnen. Aber kulturelle Großveranstaltungen und Konzerte sollten doch nicht dafür da sein, dass sie ein möglichst großes politisches und finanzielles Kapital abwerfen, sondern sie sollten dem Wohl und auch dem Genuss der Bevölkerung dienen. Das müssen auch die Kulturpolitikerinnen in diesem Hause meines Erachtens wieder stärker in den Fokus bekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Nicht zuletzt sollten wir auch aus der Wut der rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger lernen, deren Unterschriftensammlung zur Abwahl des Duisburger OB abgeschmettert wurde. Wir sollten auch aufgrund dieses Anlasses Schritte zu mehr direkter Demokratie gehen und überlegen, die Gemeindeordnung so zu ändern, dass die Bürger, die den OB gewählt haben, ihn auch abwählen können.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

In diesem Sinne: Nichts spricht gegen Ihren Antrag, meine Herren von der FDP, aber wir möchten Sie auffordern, hier nicht zu verharren, sondern mit uns einen Schritt weiter zu gehen und sich Ende September der Forderung nach einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss anzuschließen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Conrads. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Jäger das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Am 24. Juli sind in Duisburg bei der Love-Parade 21 junge Menschen unter sehr tragischen Umständen gestorben. Mehr als 500 sind verletzt worden.

Die Ministerpräsidentin unseres Landes, Hannelore Kraft, hat bei der Gedenkfeier in Duisburg mit bewegenden Worten das zum Ausdruck gebracht, was, wie ich glaube, wir alle hier im Parlament fühlen. Ich darf zitieren:

„Wir alle, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Duisburg, des Landes Nordrhein-Westfalen und aus ganz Deutschland, halten heute inne, nehmen Anteil und trauern. Wir fühlen mit den Angehörigen und Freunden der Toten, deren Leben so jäh und grausam beendet wurde. Wir sind aber auch in Gedanken bei den vielen Verletzten, die körperliche und seelische Schäden davongetragen haben.“

So die Ministerpräsidentin am 31. Juli in der Salvatorkirche, wo die Landesregierung und die Ministerpräsidentin die richtigen Worte gefunden haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir denken auch an die zahlreichen Helferinnen und Helfer. Viele sind persönlich an ihre Grenzen gegangen und werden deshalb sehr viel Zeit brauchen, diese schrecklichen Ereignisse zu verarbeiten. Sie haben mit beherztem und selbstlosem Einsatz dafür gesorgt, dass weitere Opfer vermieden wurden. Sie haben planmäßig die Notfallpläne umgesetzt, die für solch schwere Unglücke erstellt und vielfach geübt wurden, aber von denen alle gehofft hatten, dass sie niemals zur Anwendung kommen müssten.

Viele der Helfer waren oder sind noch traumatisiert. Wir haben ihnen professionelle Hilfe zur Verfügung gestellt; das werden wir auch weiterhin tun. Wir werden ihnen die notwendige Zeit geben müssen, das Erlebte zu bewältigen.

Ich denke, ich spreche heute auch im Namen aller Abgeordneten, wenn ich allen Einsatzkräften von Feuerwehr, von Hilfsorganisationen sowie von der

Polizei unseren Dank und unsere Anerkennung für diesen Rettungseinsatz ausspreche. Dies haben wir auch bereits mit den innenpolitischen Sprechern in einer gemeinsamen Presseerklärung zwei Tage nach der Love-Parade getan.

(Allgemeiner Beifall)

Die im FDP-Antrag enthaltenen Forderungen nach einer umfassenden Hilfe für alle von der Katastrophe Betroffenen ist durch die Landesregierung bereits umgesetzt. Wir haben einen Hilfsfonds mit 1 Million € Soforthilfe für die eingerichtet, die am schwersten von dieser Tragödie betroffen waren, und wir haben unbürokratische und schnelle Hilfe gewährt.

Der ehemalige Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Wolfgang Riotte, steht den Betroffenen als Ombudsmann, als Kontaktperson und Vermittler für schwierige Gänge zu Behörden, Versicherungen und anderen Stellen zur Verfügung.

Der Landesregierung ist es ein besonderes Anliegen, die Opfer und ihren Angehörigen umfassend zu helfen, sie zu unterstützen und vor allem bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Das werden wir auch in den nächsten Wochen und Monaten weiterhin mit großer Konsequenz betreiben.

Die Landesregierung hat von Anfang an auf Offenheit und größtmögliche Transparenz gesetzt und auch auf mögliche Fehler hingewiesen. Wir sind dabei im Übrigen an die Grenze dessen gegangen, was dieser Landesregierung mit Blick auf die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft rechtlich möglich ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, Sie fordern in Ihrem Antrag – Zitat – „von der Landesregierung und allen an der Planung und Durchführung der Veranstaltung Beteiligten uneingeschränkte Aufklärung über die Frage, wie es zu der schlimmen Katastrophe kommen konnte.“

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Die Landesregierung jedenfalls wird ihren Weg der Aufklärung weiterhin konsequent beschreiten. Ich hätte mir gewünscht, dass dies auch andere Beteiligte der Love-Parade getan hätten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Mir war und bleibt es auch weiterhin besonders wichtig, das Parlament und die Öffentlichkeit so schnell wie möglich über die Erkenntnisse, die sich fast täglich aktualisieren, zu informieren. Es ist schon angesprochen worden: Zwei Tage nach dem Unglück habe ich die innenpolitischen Sprecher aller Fraktionen im Landtag umfassend über den damaligen Sachstand informiert und auch Material zur Verfügung gestellt, das die Öffentlichkeit bisher nicht kennt.

Ich habe am folgenden Tag die Berufsvertretung der Polizei informiert. Das haben wir gemeinsam getan. Als Dank haben wir gerne entgegengenommen, dass die Berufsvertretung das so artikuliert hat.

Direkt am Tag danach, am 27. Juli, habe ich gemeinsam mit dem Inspekteur der Polizei, Herrn Dieter Wehe, die Öffentlichkeit im Rahmen einer Pressekonferenz auf Grundlage des ersten Berichts der Polizeibehörde Duisburg über den damaligen Stand informiert.

Am 4. August haben wir im Rahmen einer Sondersitzung des Innenausschusses ausführlich zu dem zu diesem Zeitpunkt wiederum aktualisierten Sachstand Stellung bezogen, ihn dargestellt und diskutiert. Die dazu erstellten Unterlagen wurden den Ausschussmitgliedern unmittelbar zur Verfügung gestellt.

Am 2. September erfolgte eine weitere ausführliche Information des Innenausschusses über den wiederum aktualisierten Erkenntnisstand. Unter anderem wurden sehr umfangreiche Antworten zum 130 Fragen umfassenden Katalog gegeben und aus polizeilicher Sicht beantwortet, soweit dies durch die Landesregierung möglich war.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Biesenbach: Es ist unbefriedigend, wenn 30 oder 40 Fragen unbeantwortet bleiben. Aber sie mussten unbeantwortet bleiben, weil sie sich an den Veranstalter oder an die Stadtverwaltung Duisburg gerichtet haben

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Nicht nur!)

und von uns nicht beantwortet werden konnten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Am 8. September hat der Justizminister im Rechtsausschuss den aktuellen Stand der staatsanwaltlichen Ermittlungen dargestellt. Mein Kollege Kutschaty hat ausgeführt, wie umfangreich die Ermittlungsakten sind, wie viele Zeugen zu hören sind und dass Hunderte von Stunden an Videomaterial, Daten und Aktenordnern gelesen, ausgewertet und den Ermittlungen zugeführt werden müssen.

Ich habe das deshalb noch einmal aufgeführt, Herr Dr. Papke, weil ich Folgendes deutlich machen möchte: Sie konnten als Fraktionsvorsitzender nicht bei den Sitzungen des Innenausschusses dabei sein. Aber mit dieser Darstellung ist alles andere geschehen, als Beton anzurühren. Vom ersten Moment an ist den Fraktionen mit größtmöglicher Offenheit und Transparenz das zugänglich gemacht worden, was die Landesregierung darstellen kann und darf.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will genauso wie Sie, dass die Umstände, die zu diesem katastrophalen Unglück geführt haben, vollständig aufgeklärt werden. Dafür wird die Landesregierung wie bisher alles tun, was möglich ist. Dabei

gehen wir unverändert bis an die Grenzen dessen, was uns rechtlich möglich und vertretbar erscheint.

Sie hatten mich um die Übermittlung von Einsatzunterlagen der Polizei gebeten, Herr Biesenbach. Dabei ging es unter anderem um Einsatzbefehle und Aufzeichnungen zum Ablauf des Einsatzes sowie um Ablaufprotokolle und Mitschnitte des Mobil- und Funkverkehrs. Den Einsatzbefehl des Polizeipräsidiums Duisburg habe ich Ihnen bereits zur Sitzung des Innenausschusses am 2. September übersandt.

Hinsichtlich der übrigen Unterlagen habe ich Ihnen sowie der Vorsitzenden des Innenausschusses, Frau Düker, und den innenpolitischen Sprechern aller Fraktionen am Montag das Ergebnis der Prüfung der ermittlungsführenden Staatsanwaltschaft übermittelt. Danach können diese Unterlagen derzeit wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens nicht zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte darum, das schlichtweg zu akzeptieren, Herr Biesenbach, auch wenn mir persönlich die Beurteilung der Staatsanwaltschaft nicht gelegen kommt.

Ich hätte auch an diesem Punkt gerne Offenheit und Transparenz gezeigt. Aber die Staatsanwaltschaft, der Leitende Oberstaatsanwalt und der Generalstaatsanwalt sehen die Ermittlungen beeinträchtigt, wenn diese Unterlagen der Öffentlichkeit zugeführt werden. Die Unabhängigkeit der Justiz, auf die wir als Parlamentarier sehr zu achten haben – ich weiß aus der Vergangenheit, Herr Biesenbach, dass Sie das in besonderer Weise tun –, darf nicht eingeschränkt oder konterkariert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Staatsanwaltschaft Duisburg hat Ermittlungen wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung und anderer aufgenommen. Mit der Aufklärung des Sachverhalts sind unter der Leitung eines erfahrenen Oberstaatsanwalts drei Staatsanwälte und zwei Staatsanwältinnen befasst, die zu diesem Zweck von allen anderen Dienstgeschäften freigestellt worden sind. Darüber hinaus werden sie von 83 Polizeibeamten unterstützt. Die Ermittlungen laufen mit Hochdruck und unvoreingenommen in alle Richtungen. Das macht deutlich, mit welcher Kraft alle Seiten an der Aufarbeitung des Unglücks interessiert sind.

Meine Damen und Herren, nach zwei Innenausschusssitzungen ist mir klar geworden, dass die Legislative, also dieses Parlament, bei der Aufklärung der Vorfälle bei der Love-Parade an ihre Grenzen stößt. Bei aller Offenheit und Transparenz seitens der Landesregierung ist klar: Wenn es um persönliche und vitale Interessen anderer Beteiligter, wenn es um eingeleitete Strafverfahren geht oder wenn finanzielle Einbußen einzelner drohen, stößt das Instrumentarium der Beratungen im Innenausschuss an seine Grenzen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Untersuchungsausschuss!)

Ich muss diese Geduld aufbringen. Das gilt auch für die Öffentlichkeit und dieses Parlament, glaube ich. Wir müssen die Staatsanwaltschaft in Ruhe in dem erforderlichen Umfang ermitteln lassen und die Ergebnisse abwarten. Dann haben wir sie zu bewerten.

Herr Dr. Papke, Sie haben sinngemäß formuliert, jedes Kind wisse, dass es in der Gefahrenabwehr eine Zuständigkeit der Polizei gibt. Dem Grunde nach haben Sie recht. Wenn Sie ins Polizeigesetz schauen, wird aber sehr schnell klar, dass es um eine subsidiäre Zuständigkeit geht. Erst dann, wenn ein Veranstalter eine Veranstaltung nicht mehr im Griff hat,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das war doch wohl der Fall!)

erst dann, wenn andere Ordnungsbehörden offensichtlich nicht eingreifen, gibt es eine subsidiäre Zuständigkeit der Polizei.

Lassen Sie mich das auch noch einmal erläutern, Herr Dr. Papke. Wenn am Samstag Schalke gegen Borussia Dortmund spielt, ist es wohl unzweifelhaft, dass für die Sicherheit der Zuschauerinnen und Zuschauer im Stadion in allererster Linie natürlich der Veranstalter, also der Fußballverein, zuständig ist. Wenn eine Veranstaltung wie „Rock am Ring“ stattfindet, ist es unzweifelhaft, dass für die Sicherheit der dort feiernden Menschen natürlich in allererster Linie nicht die Polizei, sondern der Veranstalter zuständig ist.

Herr Dr. Papke, aufgrund des Eindrucks, den ich nach der Aufarbeitung dieser Tragödie mitgenommen habe, kann ich Ihnen aber versichern, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten, die vor Ort waren, so nicht denken. Vielmehr sind sie dahin gehend ausgebildet – das ist auch ihr Selbstverständnis als Beamtinnen und Beamte, glaube ich –, selbstverständlich einzugreifen, wenn es um Leib und Leben von Besucherinnen und Besuchern geht, und nicht nach der Subsidiarität zu fragen. Nach dem heutigen Erkenntnisstand, den wir aufgrund der Berichte der Polizeibehörden haben, hat das stattgefunden.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die Polizei tatsächlich eingreift, wenn es um Leib und Leben geht. Ich danke den Beamtinnen und Beamten, die dort vor Ort waren und das gemacht haben, ausdrücklich. Zum Teil sind sie unter Zurückstellung eigener Gesundheit in diese Situation hineingeraten, nachdem das Sicherheitskonzept des Veranstalters völlig zusammengebrochen war und diese Veranstaltung aus dem Ruder gelaufen ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Herr Dr. Papke, ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass alle Fraktionen gemeinsam diesen

Polizeikräften und den anderen Rettungskräften in geeigneter Weise gedankt haben.

Wie sehr das Ganze Polizeibeamtinnen und -beamte vor Ort noch belastet, möchte ich gerne an der Tatsache festmachen, dass nach der Trauerfeier in der Salvatorkirche ein Empfang für die an diesem Einsatz beteiligten Rettungskräfte durch den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentin stattgefunden hat. Trotz der großen Ehre haben von 50 eingeladenen Polizeibeamten nur zwei diese Einladung wahrgenommen, weil die anderen einfach noch zu sehr unter dem Eindruck der Ereignisse standen und erklärt haben, dass sie an einer solchen Trauerfeier noch nicht teilnehmen können.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich gern auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir nach dieser Tragödie ganz besonders am Herzen liegt. Bei aller Diskrepanz zwischen den hier vertretenen politischen Fraktionen muss meines Erachtens eines klar sein: Wir haben jetzt den politischen Auftrag, so zu handeln, dass in diesem Land möglichst nie wieder ein solches Unglück passiert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Deshalb ist eine Erfahrung für die Landesregierung aus dieser Love-Parade: Fernab jeder juristischen Schuld muss eine solche Großveranstaltung zukünftig anders miteinander abgesprochen werden, anders organisiert und vor allem auch anders genehmigt werden. Das sind wir den Opfern schuldig; denn sie erwarten wie andere Menschen auch, dass die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher bei solchen Großveranstaltungen im Vordergrund steht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Link das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Sören Link (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich als Duisburger Abgeordneter am Anfang ganz ausdrücklich sagen: Es hat gutgetan, heute Morgen gemeinsam mit Ihnen allen die Betroffenheit dieses Hauses deutlich zu machen; denn dieses Gefühl der Betroffenheit, dieses Gefühl der Beklommenheit war in Duisburg in den letzten Tagen und Wochen seit der Love-Parade in nahezu jedem Gespräch, egal ob im politischen oder im persönlichen Umfeld, spürbar. Das öffentliche Leben in Duisburg ist zum Stillstand gekommen. Duisburg hat im wahrsten Sinne des Wortes den Atem angehalten.

Deswegen unterstützt die SPD und unterstütze ich auch ganz persönlich den heute vorliegenden Antrag; denn es ist wichtig, dass wir gemeinsam zum Ausdruck bringen, dass wir Anteil nehmen.

Wir unterstützen den Antrag, weil wir gemeinsam zum Ausdruck bringen sollten, dass wir den Helfern und Helferinnen danken.

Ich unterstütze und wir unterstützen den Antrag auch, weil es mir und uns wichtig ist, der Landesregierung mit dem Innenminister, aber insbesondere mit der Ministerpräsidentin einmal dafür zu danken, dass es unverzüglich unbürokratische Hilfe gegeben hat und dass diese Ministerpräsidentin in der Lage war, kurzfristig persönlich zu kondolieren und mit den Angehörigen zu sprechen. Damit haben ganz andere Leute ganz andere Probleme gehabt.

Ich danke dem Innenminister für die bisherige Aufklärungsarbeit und erwarte ganz im Sinne des Antrags, dass diese Arbeit auch fortgesetzt wird.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Im Untersuchungsausschuss!)

Ich bin dem Innenminister aber auch dankbar dafür, dass er die Größe hatte, Fehler, die möglicherweise bei der Polizei gemacht worden sind, zumindest nicht völlig auszuschließen. Diese Größe hatten leider nicht alle Beteiligten.

Wir sind hier nicht in einem Gerichtssaal. Wir sind bei der politischen Bewertung und Aufarbeitung der tragischen Ereignisse. Hier geht es nicht um die persönliche Schuld Einzelner. Die Übernahme politischer Verantwortung war aber noch nie an die Anerkennung persönlicher Schuld geknüpft. Das ist auch gut so. Die Übernahme politischer Verantwortung ist vielmehr ein Ausdruck und ein Spiegel des eigenen Charakters. In den Wochen seit der Tragödie mussten wir leider feststellen – das sage ich gerade als Duisburger –: Die eine hat Charakter, der andere leider nicht.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht darum – da schließe ich mich dem Innenminister an –, die richtigen politischen Konsequenzen aus der Tragödie zu ziehen und zu verhindern, dass sie sich an anderer Stelle in ähnlicher Form wiederholen kann. Dafür ist selbstverständlich die lückenlose Aufklärung Voraussetzung.

Wir müssen uns beispielsweise mit den Fragen der Finanzierung der Love-Parade, mit der Rolle der Stadt Duisburg und ihres Oberbürgermeisters in der Zeit vor, aber auch in der Zeit nach der Love-Parade beschäftigen, mit der Rolle der Genehmigungsbehörde ebenso wie mit der Rolle der Kontroll- und Aufsichtsbehörde, mit der Frage der Verantwortung des Veranstalters ebenso wie mit der Rolle der Polizei bei der Durchführung, aber auch im Vorfeld.

Diese und noch mehr Fragen stellen sich uns. Sie stellen sich aber auch den vielen Angehörigen und Hinterbliebenen. Wir sind es ihnen ebenso wie uns selber schuldig, darauf schnell umfassend Antworten zu finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schön, dass hier noch 49 Sekunden aufleuchten. Deshalb verzichte ich darauf, auf einzelne Aspekte in der Sache einzugehen. Sie würden das nicht verstehen. Jeder einzelne Aspekt würde so wirken, als wäre er aus dem Zusammenhang herausgerissen. Darauf verzichte ich.

Ich mache aber aus meinem Herzen keine Mördergrube. Unsere viel beschworene Aufklärung, jetzt in der dritten Sitzung, ist heute, vom Ergebnis her betrachtet, keinen Millimeter weitergekommen.

Ich schließe mit einem persönlichen Eindruck, den ich habe – das werde ich meiner Fraktion empfehlen –: Ohne den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss werden wir nicht weiterkommen.

(Beifall von der LINKEN)

Die Aspekte, die die Staatsanwaltschaft immer wieder anführt, kann man ausklammern. Wir sollten das machen, in aller Ruhe beraten. Das ist meine Empfehlung. Meine Redezeit ist zu Ende. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt der Abgeordnete Herr Michalowsky.

Ralf Michalowsky (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die Vielfalt der Themen, die wir in diesen drei Tagen hier behandeln. Aber auf diesen Tagesordnungspunkt hätten wir sicher gerne alle verzichtet.

Als ich am 9. Mai in den Landtag gewählt wurde, hatte ich hohe Erwartungen an dieses Parlament. Doch diese zum Teil würdelose Diskussion heute hat mich eines Besseren belehrt. Wir reden über 21 Tote, 500 Verletzte und viele, viele Angehörige, die darunter zu leiden haben. Das Unglück von Duisburg ist aber nun einmal geschehen. Und weil es eine über das Leid der Opfer und der Angehörigen sowie eine über die Region Duisburg hinausgehende Bedeutung hat, sind wir verpflichtet, an der Aufklärung mitzuwirken.

Schon Stunden nach den ersten Meldungen über das Ausmaß der Katastrophe war für einige Printmedien, insbesondere für einige schräge Internetmedien klar, wer die Schuldigen sind. Die Angeklagten wechselten in den folgenden Wochen bei jedem neuen Argument. Auch hier Anwesende sind daran beteiligt gewesen.

Ich habe an der Pressekonferenz des Innenministers wenige Tage nach dem Unglück teilgenommen und diese mit einem recht mulmigen Gefühl verlassen. Der Innenminister äußerte drei Tage nach der Katastrophe, dass die Polizei keinerlei Schuld habe – eine Erkenntnis, die heute, viele Wochen später, wohl niemand so teilen würde. Ich möchte niemanden anklagen, schon allein deshalb nicht, weil ich so wenig wie alle, die hier sitzen, genau weiß, welche Ursachen der Grund für das Unglück waren.

Und das ist genau der Punkt. Untersuchungsziele, die dazu dienen, einzelne beteiligte Gruppen reinzuwaschen, helfen jetzt und für die Zukunft nicht weiter. Ziel muss eine ergebnisoffene Untersuchung sein.

Wenn nicht zweifelsfrei geklärt wird, wie es zu der Katastrophe kam, werden potenzielle Veranstalter künftiger Großveranstaltungen das Risiko scheuen. Sorgen Sie mit uns dafür, dass die wahren Ursachen und Fehler ans Licht kommen! Schaffen Sie eine neue Vertrauensbasis für künftige Veranstaltungsplanungen und unterstützen Sie unseren Antrag auf Einsetzen eines Untersuchungsausschusses!

(Beifall von der LINKEN)

Diese unerträgliche politische Tragödie auf dem Rücken der Opfer muss sofort beendet werden. Setzen Sie sich mit uns für eine schnelle Entschädigung der Opfer ein und beweisen Sie den Verletzten und Angehörigen der Toten, dass Sie den Betroffenen in dieser Zeit ernsthaft zur Seite stehen!

Wir haben heute in der Presse gelesen, dass der Justizminister Unterlagen dem Innenausschuss verweigert. Das ist keine gute Basis, um ein Vertrauensverhältnis herzustellen.

(Sören Link [SPD]: Wer spricht denn von Verweigern? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Er hat es abgelehnt, die Unterlagen rauszugeben. Dies ist aber bekanntlich ein Parlament der Einladungen. Wir sprechen jetzt die Einladung aus: Unterstützen Sie unseren Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses! – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Michalowsky, gestatten Sie noch eine Nachfrage von Herrn Link?

Ralf Michalowsky (LINKE): Ja.

Sören Link (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Michalowsky, dass Sie die Nachfrage noch zulassen. Sind Sie bereit zuzugestehen, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Rechtsaufassung vertritt, dass diese Berichte, die Unterlagen, die Sie gerade angesprochen haben, nicht freigegeben werden könnten, um den Ermittlungserfolg nicht zu gefährden, und dass wir hier nicht in einem Gerichtsverfahren bzw. im staatsanwaltschaftlichen Bereich sind, sondern in der politischen Ebene, und den Ermittlungserfolg überhaupt nicht gefährden dürfen?

Ralf Michalowsky (LINKE): Ich bin alt genug, um zu wissen, dass auch die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden ist.

(Zurufe von der SPD)

Ob die Entscheidung der Staatsanwaltschaft auf eigenem Mist gewachsen ist, wage ich hier zu bezweifeln.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Das Wort hat für die CDU-Fraktion Herr Biesenbach.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Abgeordnete Herr Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat heute leider das Spiegelbild wiedergegeben, das wir bisher hatten. Jeder hat seine Position, jeder hat seine Feindbilder. Wir haben einen ungeheuer moderaten Innenminister gehört. Nur wir haben zu der Bereitschaft, Transparenz und Offenheit herzustellen, nichts gehört. Im Gegenteil: Herr Stotko hat vehement alles geprügelt, was er konnte, nur nicht mitgeteilt, dass er aufklären wollte,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

und der Innenminister zieht sich zurück auf ein Schreiben der Staatsanwaltschaft.

Lieber Herr Innenminister und lieber Herr Justizminister, bitte erklären Sie doch diesem Parlament mit der Sachkunde des zuständigen Ministers, dass Sie sich gezwungen sehen, die Unterlagen nicht herauszugeben. Denn an der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft will hier überhaupt keiner kratzen. Da haben Sie Recht; da gehöre ich gerne auch zu den Verteidigern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Obwohl Sie da gelegentlich schon mal anrufen!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Nein, keine Fragen.

Aber wer die Briefe und Schreiben liest, liest bei dem Generalstaatsanwalt in Düsseldorf: Die polizeiliche Einsatzdokumentation ist als zentrales Beweismittel für das gesamte Ermittlungsverfahren anzusehen. Die entsprechende Einsichtnahme und derzeit noch andauernde Auswertung sollte aus diesem Grund ausschließlich den Ermittlungsbehörden vorbehalten bleiben.

Lieber Herr Jäger, lieber Herr Kutschaty, sollte oder muss? Sagen Sie uns doch, ob Sie sie nicht herausgeben können oder nicht herausgeben wollen!

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Sagen Sie doch bitte deutlich – die sind ja diejenigen, die rechtlich Auskunft geben können –, ob Sie mit den entsprechenden Geheimhaltungsstufen auch Mitgliedern dieses Parlaments dieselbe Einsicht geben dürfen wie dem Polizeipräsidenten in Essen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Präsidentin!)

Dann würden wir gerne über Ihre Auskunft mit Ihnen juristisch reden. Aber das sollen Juristen hier einmal deutlich erklären, und dann fragen wir mal, ob diese Antwort haltbar ist. Nicht Konjunktiv, Indikativ! Dann wollen wir wissen, ob die Fragen zu beantworten sind oder nicht.

Ich habe die Fragen jetzt gestellt, und die sind nicht aus der Welt zu drücken, weil der Innenminister 36 Stunden danach informiert hat. Die Fragen, die wir stellen, sind doch Fragen, die alle erst nacheinander an den Tag kommen.

Nicht umsonst schreibt die „FAZ“ heute:

„Doch immer wieder sind Informationen des Innenministers und seines Polizeiinspektors Dieter Wehe verwirrend und unvollständig. Wichtiges wird erst auf Nachfrage offenbart.“

„Scheibchenweise“ nennt sich so etwas. Das ist nicht die Informationspolitik, die wir uns unter Transparenz vorstellen. Sie scheuen etwas. Wir wollen Aufklärung. Wir wollen nicht persönliche Schuldzuweisung – das machen die Gerichte –, wir wollen aber die Hintergründe wissen: Wieso konnte es dazu kommen? Die Fragen haben wir Ihnen doch gestellt. Herr Kollege Engels und ich haben Ihnen seitenweise diese Fragen gestellt. Ich habe die wichtigen heute wiederholt. Darauf wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Antwort.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Verehrte Frau Ministerpräsidentin, bitten Sie doch Ihren Minister – das kann er –, diese Fragen auch zu beantworten. Mit Geschrei und Gebrüll mögen Sie verhindern, dass die Antworten hier gegeben werden,

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

aber es gibt auch Wege, an die Antworten noch zu kommen. Dann können Sie weiter brüllen und schreiben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sören Link [SPD]: Unwürdig!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Biesenbach hatte keine Zwischenfragen zugelassen. Es tut mir leid.

(Sören Link [SPD]: Es ist auch besser so, dass der Quatsch vorbei ist! Ganz kleines Karo, Herr Biesenbach!)

Können wir jetzt weitermachen? – Der Innenminister möchte für die Landesregierung antworten. Herr Jäger, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Biesenbach, es ist doch, glaube ich, unstrittig, dass, wenn ein Generalstaatsanwalt erklärt, bestimmte Unterlagen sollten im Hinblick auf ein Ermittlungsverfahren der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden, eine Landesregierung auch im Hinblick auf ein mögliches Urteil, das auf Grundlage dieser Ermittlungsergebnisse einer Staatsanwaltschaft gefällt wird, nicht ernsthaft daran interessiert sein kann, sich auch nur dem Anschein des Verdachts auszusetzen, durch Veröffentlichung von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten Einfluss auf das spätere Urteil genommen zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben ja die gemeinsame Ungeduld, was die Sachverhalte um die Love-Parade angeht. Deshalb erneuere ich noch einmal das Angebot der Landesregierung an Sie, an die anderen innenpolitischen Sprecher aller Fraktionen hier im Landtag: Sie können mich und unseren Staatssekretär persönlich ansprechen, wenn es um Erläuterungen oder Hinweise aus Akten geht, die dem Innenministerium zugänglich sind und für die Parlamentsbefassung für Sie als wichtig beurteilt werden. Dann werden wir eine Lösung finden, in bilateralen Gesprächen vielleicht das eine oder andere zu erläutern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das eine oder andere oder alles?)

Ich sage das hier sehr offen: Dabei gehe ich wirklich an die Grenze dessen, was rechtlich möglich ist, ohne Ermittlungsverfahren zu beeinflussen. Aber dieses Angebot, Herr Biesenbach, auch für Sie persönlich, vonseiten der Landesregierung steht.

Das Zweite, worauf ich hinweisen möchte: Herr Michalowsky, ich lege sehr viel Wert darauf, dass kein Mitglied der Landesregierung, auch ich selbst nicht und auch nicht der Polizeiinspekteur Herr Wehe, die Polizei von jedem Fehler während der Love-

Parade freigesprochen hat. Darauf lege ich sehr großen Wert.

Ich darf noch einmal zitieren, was Herr Wehe und ich gesagt haben. In der von Ihnen gerade zitierten Pressekonferenz haben wir dreizehn Mal gesagt: Das, was wir jetzt darstellen, ist ein erster vorläufiger Bericht der Polizeibehörde Duisburg, den wir der Öffentlichkeit hiermit zur Kenntnis geben.

Das haben wir 13 Mal gesagt und deutlich darauf hingewiesen, ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich möchte das gerne noch ausführen.

... dass es im Rahmen von Ermittlungen immer wieder Aktualisierungen gibt. Und auch die haben wir immer wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Im Übrigen möchte ich auf eines hinweisen, auch im Hinblick auf die Polizei: Ich glaube, dass es nach menschlichem Ermessen überhaupt nicht sein, dass ein Einsatz mit 4.100 Beamtinnen und Beamten in einem Stadtgebiet, deren Einwohnerzahl sich an diesem Tag nahezu verdoppelt hat, fehlerlos verlaufen kann. Das wäre in der Tat sehr unwahrscheinlich.

Aber ich betrachte es als meine Aufgabe – es war auch die meiner Vorgänger, und ich hoffe, es wird auch die meiner Nachfolger –, Polizeibeamtinnen und -beamte, die in einer Situation, wo alles zusammenbricht, um Hilfe und Unterstützung gebeten werden, unter Zurückstellung eigener Gefahr in eine solche Situation hineingehen und ihre Arbeit machen, vor ungerechtfertigten Beschuldigungen in Schutz zu nehmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist meine Aufgabe als Innenminister, und das werde ich auch weiterhin so tun.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Biesenbach, Herr Jäger wollte keine Zwischenfrage zulassen.

(Minister Ralf Jäger: Ich habe sie nicht mitbekommen!)

Peter Biesenbach (CDU): Frau Vorsitzende, vielleicht darf ich die Frage eben stellen. Er will sie ja beantworten.

(Lachen von Rainer Schmeltzer [SPD] – Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Biesenbach, bevor Sie das tun: Wir haben eine Überziehung der Redezeit der Landesregierung. Das hat zur Konsequenz, dass die Fraktionen alle noch einmal antworten dürfen. Wir hängen erheblich.

(Zurufe)

Die Fraktionen müssen sich darauf verständigen, wie wir verfahren wollen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Gerne, ich habe damit gar kein Problem. – Herr Minister, lassen Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Biesenbach zu?

(Unruhe und Zurufe – Minister Ralf Jäger geht wieder an das Rednerpult.)

Peter Biesenbach (CDU): Herr Jäger, vielen Dank. Dann brauche ich mich gleich nicht mehr zu melden. – Sie haben gerade meine Frage noch nicht abschließend beantwortet. Mich interessiert nur, ob Sie rechtlich gehindert sind, die Unterlagen und Mitschnitte, die Sie dem Polizeipräsidenten in Essen zur Nachbereitung zur Verfügung gestellt haben, Mitgliedern dieses Parlaments mit dem entsprechenden Geheimhaltungsgrad zur Verfügung zu stellen. Nicht mehr und nicht weniger möchte ich wissen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Biesenbach, ich beantworte die Frage. Entschuldigung, ich habe vorhin Ihre Zwischenfrage nicht wahrgenommen. Das ist mir nicht signalisiert worden.

Ich will es noch mal deutlich sagen: Diese Landesregierung hat nicht die Absicht, rechtlich oder politisch Einfluss auf das mögliche Urteil zu nehmen und gegen den Widerstand der Generalstaatsanwaltschaft Unterlagen öffentlich zu machen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Insofern fühlen wir uns da auch rechtlich gebunden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Fraktion der Grünen hat Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein persönliches Wort an Herrn Engel. Herr Engel, wir arbeiten seit zehn Jahren in diesem Parlament zusammen. Ich darf Ihnen das ganz persönlich sagen: Ich fand es sehr schade, dass Sie auf die Bitte von SPD und Grünen nicht bereit waren, hier einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Ich bedaure das sehr. Ich glaube, es hätte diesem Parlament gut angestanden.

den, bei diesem Thema über Fraktionsgrenzen hinweg zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Engel, ich spreche Sie an, weil Sie Herrn Papke vorgeschickt haben. Denn ich weiß, so denken Sie nicht. Trotzdem werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil wir das Zeichen setzen wollen, dieses Thema nicht parteipolitisch zu instrumentalisieren. Ich bedaure es trotzdem sehr.

Zweitens zu den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind doch im Parlament alle einer Meinung, jenseits einer juristischen Streitigkeit, Herr Biesenbach. Es muss doch unser aller Interesse sein, dass erstens die Staatsanwaltschaft anständig ermitteln kann und dabei nicht gestört wird, dass zweitens der Datenschutz von Personen gewahrt wird, dass wir drittens nicht vorschnell zu Vorverurteilungen aufgrund von Teilinformationen von Betroffenen kommen und dass viertens Zeugen nicht beeinflusst werden.

Genau diese vier Gründe führt der Generalstaatsanwalt für seine Bitte an, diese Unterlagen nicht zu veröffentlichen. Er lehnt dies ab. Diese Gründe finde ich sehr wohl nachvollziehbar. In einem Rechtsstaat sollte die Legislative die Meinung der Judikative respektieren. Denn das ist doch im Interesse aller.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass so etwas einem Juristen in diesem Landtag gesagt werden muss, Herr Biesenbach.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Düker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Engel zu?

Monika Düker (GRÜNE): Zum Schluss, Herr Engel. Ich würde gerne zunächst noch meinen dritten Gedanken vortragen.

Meine dritte Anmerkung zu dieser Debatte im Hinblick auf alle drei Beteiligten: Wir haben stundenlang im Innenausschuss mit allen darüber gesprochen – Veranstalter, Stadt, Polizei. Ich sage auch für meine Fraktion noch einmal ganz klar: Heute geht es nicht, hier irgendwelche Persilscheine in irgendeine Richtung auszustellen und zu sagen: Die sind gar nicht schuld, nur die.

Ich will es noch einmal ausdrücklich sagen: Auch die Polizei muss sich fragen lassen – selbstverständlich –, warum es zu der Hauptursache kam, dass zu viele Menschen in diesen Tunnel, in diese Falle stürzten, und warum die Schleusen, die an beiden Seiten den Zuschauerstrom kontrollieren sollten, zu einem bestimmten Zeitpunkt geöffnet wurden und nicht geschlossen waren. Denn nur dann konnte das Konzept funktionieren.

Selbstverständlich war primär der Veranstalter zuständig, an den Schleusen dafür zu sorgen, dass sie als Vereinzelungsanlage funktionierten. Natürlich stand auch da die Polizei daneben, und sie wird sich fragen lassen müssen: Warum wusstet ihr das nicht, was sich ein paar Hundert Meter weiter an einer anderen Stelle für eine Katastrophe anbahnte, und warum habt ihr da nicht eingegriffen und gesagt: „Das ist Gefahrenabwehr; jetzt sind wir zuständig; die Schleusen werden zugemacht!“?

Warum wusste die Polizei das nicht? Gab es Kommunikationsmängel? Warum wurde denen nicht Bescheid gesagt? Selbstverständlich steht auch diese Frage im Fokus der Ermittlungen und der Aufklärung, und nichts anderes hat der Innenminister auch im Ausschuss deutlich gemacht. Nur – und das ist der Unterschied – ist einzig und allein von der Polizei die Ansage gekommen: Auch unsere Fehler werden aufgearbeitet. – Weder von Lopavent noch von Herrn Sauerland ist in irgendeiner Form auch nur annähernd gesagt worden:

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jawohl, wir stellen uns den Ermittlungen, und es könnte sein, dass auch wir hier Mitverantwortung tragen. – Dies ist nur sehr einseitig geschehen. Von daher sollte man auch sehr differenziert an die Sache herangehen. Ich kann nur bedauern, dass im Stadtrat von Duisburg keine klare Entscheidung getroffen wurde.

(Zurufe)

– Von der Bevölkerung wird zu Recht das Schwarze-Peter-Spiel beklagt. Ich bitte noch einmal, hier mit vernünftigem Maß zu messen und differenziert zu schauen, was von allen Beteiligten zur Aufklärung beigetragen wurde. Dann käme man einen Schritt weiter.

Herr Engel, stellen Sie jetzt bitte Ihre Frage.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin, vielen Dank. – Meine Frage hat sich in der Zwischenzeit erledigt.

Monika Düker (GRÜNE): Zum Schluss sage ich noch einmal für meine Fraktion: Im Innenausschuss ist deutlich geworden, dass sowohl Regierung als auch SPD-Fraktion und meine Fraktion ihre Bereitschaft erklärt haben, an alle drei Beteiligten offene und kritische Fragen zu richten und an der Aufklärung beizutragen.

Herr Biesenbach, eines möchte ich aber nicht. Ich möchte nicht, dass wir so tun, als ob die Judikative, unsere dritte Staatsgewalt, in irgendeiner Form unterschwellig beeinflusst worden ist, Unterlagen nicht herauszurücken. Herr Michalowsky hat das sehr deutlich und Sie sehr unterschwellig zum Ausdruck gebracht. Von der Generalstaatsanwaltschaft werden Gründe vorgetragen, die sehr begründet sind, wie ich finde. Wir sollten die Staatsanwalt-

schaft in Ruhe ermitteln lassen. Dies gebietet auch der Respekt vor einer unabhängigen Justiz. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Fraktion der SPD hat Herr Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier eine ganz schwierige Aufgabe als Parlament. Ich bin sehr dankbar dafür, dass Frau Kollegin Düker auf die Rolle der Gewaltenteilung in unserem demokratischen Staatsaufbau hingewiesen hat. Dem möchte ich mich inhaltlich anschließen.

Über Fraktionen und gegebenenfalls über Bedenken hinsichtlich einzelner handelnder Personen hinweg haben wir gesagt: Wir schließen uns dem FDP-Antrag an. Das ist auch ein Zeichen und soll zum Ausdruck bringen, dass es uns darum geht, wirklich aufzuklären und im Interesse der Opfer für politische Klarheit zu sorgen.

In dem Zusammenhang ist es nahezu würdelos, das zu missbrauchen, um doch irgendwo politische Zuordnungen vorzunehmen und sich dabei eines Schreibens der Staatsanwaltschaft zu bedienen.

Herr Kollege Biesenbach, ich weiß, Sie sind Praktiker. Wenn uns die Staatsanwaltschaft dringend darum bittet, die Ermittlungen ungestört fortlaufen zu lassen, bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als dass durch eine Behandlung dieser Dinge im politisch-parlamentarischen Raum das System der Gewaltenteilung in Gefahr gerät.

Durch Ihre Bemühungen, jemandem vorzeitig politisch Schuld zuzuweisen, gerät auch das ordnungsgemäße Ermittlungsverfahren in Gefahr. Ich habe Vertrauen in die Polizei und die Justiz unseres Landes. Ich habe Vertrauen in das bewährte System der Gewaltenteilung. Wir sollten die Ermittlungserfolge unserer Polizistinnen und Polizisten sowie der Staatsanwaltschaft nicht dadurch gefährden, dass wir Dinge miteinander vermengen, die beim besten Willen nichts miteinander zu tun haben. An der Stelle hätte uns allen ein wenig mehr Respekt vor der Aufteilung der Gewalten in unserem Land gut getan. Wir hätten es besser vermieden, das zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

Herr Biesenbach, Sie widersprechen nicht nur den Grundlagen unseres Staatsaufbaus, sondern Sie widersprechen auch einer Tradition, die Sie selbst als Jurist und Politiker in diesem Hause über Jahre hinweg verkörpert haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die FDP-Fraktion spricht Herr Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum ist die Redezeit zu Ende? Das bin ich gewohnt, aber ... – Also es geht einfach weiter? Schön.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Engel, Sie haben knapp viereinhalb Minuten. Ich weiß nicht, warum die Technik nicht funktioniert.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Fünfeinhalb!)

Horst Engel (FDP): Einigen Sie sich! – Weil ich jetzt viereinhalb oder vielleicht fünfeinhalb Minuten Redezeit habe, mache ich doch noch einige Bemerkungen zur Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich zunächst zum politischen Umfeld, zum Klima der Veranstaltung etwas sagen. Das wurde angesprochen. Fritz Pleitgen wurde genannt. Auch Frau Kraft ist erwähnt worden nach dem Motto: Das ist alles richtig, wir können den jungen Menschen die Veranstaltung nicht nehmen.

Das vor der Love-Parade herrschende Klima hat die Chance, einen Antrag in der Stadt Duisburg ergebnisoffen zu prüfen, möglicherweise etwas verengt. Auch bei den handelnden Figuren ist die Distanz zum eigenen Handeln möglicherweise zum Teil unter die Räder gekommen.

Der Stadt Duisburg schreibe ich nur ganz kurz etwas ins Stammbuch. Sie wissen, es gab einen Plan A und einen Plan B. Plan A war, den gesamten Veranstaltungsverkehr über die Autobahn zu führen: Rein und raus, alles unter freiem Himmel. Der Tunnel Karl-Lehr-Straße sollte mit der Rampe als reine Logistikroute genutzt werden.

Als dieser Plan kaputt war – der Landesbetrieb hatte sich geweigert –, hätte man sagen müssen, trotz des politischen Umfeldes: Auf diesem Veranstaltungsgelände mit Tunnel und Rampe bekommen wir das nicht hin. – Das ist meine Einschätzung. Es gab auch in den Sicherheitsbesprechungen zu den verschiedenen Konzepten ähnliche Einlassungen von Fachleuten.

Als die Polizei mit dem Konzept kam, hat die Feuerwehr am Ende gesagt – das sage ich in meinen eigenen Worten –: Wir müssen diesen Kreislauf unter allen Umständen am Laufen halten. Auf einem beengten Raum mit zum Bersten gefüllten Routen muss man sehen, dass der Kreislauf funktioniert und die Raver weitergehen. Und, wenn sie nicht wollen, muss man nachhelfen.

Von daher hat die Feuerwehr gesagt: Wenn Ihr sperren wollt, haben wir ein Problem; öffnet wenigstens die kleine Rampe, die eigentlich als Ausgangsrampe geplant war, damit man auf die Fläche kom-

men kann! Denn da oben gab es ja noch eine ganze Menge Platz.

Der Veranstalter Lopavent kann auch nicht so einfach davonkommen. Wer würde das anders annehmen? Wir haben bei der Auswertung der Filme auf YouTube den Eindruck gewonnen: An jedem erkannten Brennpunkt gab es zu wenig Ordner – oben auf der Rampe gab es sogenannte Pusher – oder möglicherweise falsch oder schlecht ausgebildete Ordner. Die haben nicht funktioniert. Das Ergebnis war, wie auch Frau Düker sagte: Wir hatten im Tunnel und auf der Rampe zu viel Betrieb, dann auch noch Gegenverkehr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das musste am Ende zum Infarkt führen. Deshalb benutze ich den Begriff Kreislauf.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Engel, möchten Sie eine ...

Horst Engel (FDP): Nein, jetzt will ich im Zusammenhang ein paar Gedanken loswerden, sonst werden sie am Ende wieder nicht verstanden.

(Zuruf von der SPD: Gedankenlos, ja!)

Es gab eine ganze Menge Pannen. Der Innenminister hat recht: Wenn 4.100 Schutzleute eingesetzt sind, dann kann man, wenn ein Sicherheitskonzept gescheitert, zusammengebrochen ist – um 15:30 Uhr sagt der Crowd-Manager: Ich kann nicht mehr, die Polizei soll jetzt übernehmen; das ist eine Bankrotterklärung –, nicht von einem fehlerlosen Einsatz der Polizei ausgehen. Das ist völlig richtig, das sehe ich genauso. Es können immer Pannen passieren. Daraus konstruieren wir auch keinen Vorwurf.

Aber wir wissen noch viel zu wenig: Wie waren die Zusammenhänge? Wie war es mit dem Funk? Es gab einen Funkausfall. 32 Minuten lang war das Rückgrat der Kommunikation, das 4-Meter-Band, nicht da. Jeder, der sich dort auskennt, die Polizei, die dort normal Dienst tut, hat von vornherein gesagt: Im Tunnel Funkverkehr – kannst du vergessen. Wir hätten gerne Details gewusst.

Das Handy funktioniert. Wir wissen alle: Wenn das Netz überlastet ist, dann bekommt man das im Display angezeigt. Die Polizei hat auch Handys – die letzte Krücke, die an der Stelle noch funktioniert. Gab es eine Vorrangschaltung für die Funkzelle? Die gibt es. Der Inspekteur hat uns gesagt: Ja, gab es. Wir hätten aber gern gewusst: Von wann an gab es die Vorrangschaltung? Gab es sie von Anfang an, in der Mitte oder wann? Ich habe die Information, dass sie angeblich zu spät geschaltet worden ist. Das können Sie ja aufklären. Das sind ein paar Sachfragen, die ich noch habe.

Zum Schluss, in den verbleibenden Restsekunden das Entscheidende: Meine sehr verehrten Damen

und Herren, wenn man eine solche Situation hat – Plan B wird jetzt verwirklicht, nicht Logistik durch den Tunnel über die Rampe, sondern die Raver da rein und auch noch raus –, dann muss man sich am Ende nicht wundern, wenn der Veranstalter nicht funktioniert, nicht richtig mitspielt, an den Vereinzelungsanlagen nicht dafür sorgt, dass es nicht zu Überlastungen im Tunnel und auf der Rampe kommt. Wenn das nicht funktioniert und man dann nicht energisch und beherzt eingreift ...

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Die Polizei war schon längst im Einsatzdienst, sie hatte auch nach Rückkoppelung mit der Feuerwehr das Konzept herumgedreht.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Engel, kommen Sie bitte zum Schluss.

Horst Engel (FDP): Ja, ich komme zum Schluss. – Hauptzugangsrampe: Ein- und Ausgang wurden unten gesperrt. Da ist ein offizieller Ausgang geschlossen worden, und zwar 40 Minuten. Die Nebenrampe, die eigentlich ein Ausgang war, wurde herumgedreht, aufgehangen und komplett geschlossen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Engel, kommen Sie jetzt bitte wirklich zum Schluss.

Horst Engel (FDP): Das sind Fragen, lieber Herr Jäger, die wir am Ende in der kurzen Zeit noch stellen müssen. Ich ahne, dass wir um den PUA nicht herumkommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, kommen wir zur Abstimmung.

(Zuruf von der LINKEN)

– Entschuldigung. Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Sehr verehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich mache es ganz kurz. Wir haben quasi ein Déjà vu. Es ist im Prinzip schon das dritte Mal, dass wir mit ähnlichen Rednern über die gleichen Dinge diskutieren. Es muss nichtsdestotrotz sein, es ist auch richtig, das im Plenum noch einmal zu tun. Ich glaube, es ist alles gesagt worden.

Die Schieberei geht weiter. Ich verweise darauf, dass wir nächste Woche unseren Antrag zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss vorlegen werden. Wir freuen uns, mit allen Fraktionen ins Gespräch zu kommen, und erneuern auch noch

einmal die Einladung; das ist ein gern gebrauchtes Wort in diesem Saal. – Ich bedanke mich und gebe zurück an Frau Böth.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Conrads.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/102**. Die antragstellende Fraktion der FDP hat um direkte Abstimmung gebeten. Das heißt, wir stimmen über den Inhalt des Antrags ab. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Alle. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Antrag **angenommen**.

Wir kommen zu:

4 Aktionsplan der Minderheitsregierung entzündet Strohfeuer, ohne die Strukturprobleme der Kommunen nachhaltig zu lösen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/121

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Löttgen für die CDU.

Bodo Löttgen (CDU): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Mit dem vorliegenden Antrag will die CDU-Fraktion auf drei Dinge aufmerksam machen:

Erstens. Es besteht Einigkeit beim Ziel. Viele nordrhein-westfälische Kommunen benötigen dringend finanzielle und nachhaltige Unterstützung zur Bewältigung der ihnen übertragenen Aufgaben, damit die in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz festgelegte und verbrieft kommunale Selbstverwaltungsgarantie auch vor Ort gelebt werden kann.

Zweitens. Es besteht Uneinigkeit hinsichtlich des Weges, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Der am 25. August 2010 vorgestellte sogenannte Aktionsplan Kommunal Finanzen wird insbesondere – ich zitiere aus dem Punkt 3 der gemeinsamen Erklärung vom 10. September 2010 – „für eine spürbare Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung sorgen und die Kommunen wieder handlungsfähig machen“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesem Anspruch genügt der Aktionsplan in keiner Weise. Es wird lediglich ein Strohfeuer entfacht, dessen Nachhaltigkeit vielerorts in Tagen oder Wochen bemessen werden kann. Er führt, um es deutlich zu sagen, die Ausführungen der Ministerpräsidentin von heute Morgen zur Nachhaltigkeit ihres politi-

schen Handelns ad absurdum. Nachhaltigkeit, sehr geehrter Herr Innenminister, erzielen Sie mit diesem Aktionsplan allerhöchstens, wenn es darum geht, die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen zu erhöhen.

Auch wenn sich Kämmerer und Bürgermeister verständlich und nachvollziehbar über jeden Euro mehr freuen, wissen doch alle, dass die erzielte strukturelle Wirkung im Verhältnis zu den Notwendigkeiten als eher homöopathisch zu bezeichnen ist.

Drittens. Ein Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger – und um nichts anderes handelt es sich bei dem sogenannten Stärkungspakt Stadtfinanzen – bedarf einer stichhaltigen Begründung, einer Rechtfertigung. Hier stehen Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, in einer bisher nicht eingelösten Bringschuld. Ihre Begründung beschränkt sich bisher auf den Satz: Nichts Genaues weiß man nicht.

Welches sind denn die besonderen strukturellen Probleme von Kommunen, die die Frau Ministerpräsidentin heute Morgen erwähnt hat? Werden reiche Kommunen für arme Kommunen zahlen müssen, und, wenn ja, wer ist denn nach Ihrer Lesart reich? Wird eine sparsame Haushaltsführung, die man über Jahre oder Jahrzehnte bestritten hat, jetzt bestraft? – Viele Fragen der kommunalen Gemeinschaft, wenige Antworten bislang – das, sehr geehrter Herr Kommunalminister, ist viel zu wenig.

Seit der Vorstellung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen am 7. November 2008 unterliegt die SPD dem fatalen Irrtum, man könne Probleme beseitigen, ohne zuvor die Ursache der Probleme anzugehen. Dazugelernt haben SPD und Grüne aber bis heute nicht. Völlig zu Recht hat die Ministerpräsidentin darauf hingewiesen, dass ein Herumdoktern an Problemen häufig nicht zu Lösungen, sondern zu weiteren Probleme führt.

Sie, Herr Minister Jäger, wären in der langen Geschichte der Menschheit der Erste, der ein Loch im Eimer durch das Hinzufügen einer größeren Wassermenge schließt. Will heißen: Bevor Landesmittel und Steuermittel zur Altschuldenhilfe für Kommunen herangezogen werden, müssen dauerhaft wirksame Entlastungen auf der Ausgaben- und/oder auf der Einnahmenseite vereinbart werden. Wie in korrespondierenden Röhren können Landesmittel dann im gleichen Umfang die kommunalen Altschulden verringern und Perspektiven schaffen. Mit diesem gegenüber Bürgern, Kommunen und dem Land gleichermaßen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Ansatz unterscheidet sich die CDU erheblich von dem bisherigen Vorgehen der Landesregierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ansätze zu einer Lösung der Problematik finden sich unter anderem in drei aktuellen Papieren: im Gemeinde-